

Lutherische Welt-Information

1501

Aus dem Inhalt

- Katholischer und lutherischer Geistlicher in Lima betreiben „Ökumene an der Basis“ 8
- „Betet für uns!“ 11
- Irak: LWB konsolidiert Flüchtlingshilfe..... 18
- Abschlussprüfung an Grundschulen im Flüchtlingslager Ajong Thok 20



Teilnehmende aus LWB-Mitgliedskirchen und dem LWB-Stub bei der ersten Tagung der Studiengruppe zum Thema lutherische Präsenz im öffentlichen Raum in Stuttgart (Deutschland). Foto: Dr. Thilo Fitzner

Zwischen Säkularisierung und Extremismus

Internationale Studiengruppe diskutiert lutherische Präsenz in der Öffentlichkeit

Stuttgart (Deutschland)/Genf (LWI) – Was bedeutet lutherisch in einer pluralistischen Gesellschaft? Mit dieser Frage beschäftigt sich ein zweijähriger Studienprozess, der am 29. Januar 2015 in Stuttgart beginnt. Die 2014 vom Gremium leitender LWB-AmtsträgerInnen einberufene Studiengruppe unter dem Vorsitz von Erzbischöfin Dr. Antje Jackelén (Schwedische Kirche) wird zwei Jahre lang die Frage lutherischer Präsenz im öffentlichen Raum diskutieren und eine Erklärung erarbeiten, die dem LWB-Rat 2016 zur Beschlussfassung vorgelegt werden soll.

Der Gruppe gehören je ein Theologe bzw. eine Theologin aus allen sieben

Regionen des LWB an; in ihr sind zudem verschiedene Generationen vertreten. Die Teilnehmenden werden sich über Perspektiven des afrikanischen, asiatischen, europäischen sowie latein- und nordamerikanischen Kontexts austauschen und Informationen über relevante LWB-Prozesse erhalten. Die von der Abteilung des LWB für Theologie und Öffentliches Zeugnis organisierte Tagung findet vom 29. bis 31. Januar in der Evangelischen Akademie Bad Boll statt.



LUTHERISCHER
WELTBUND

Eine Kirchengemeinschaft

Fortsetzung auf Seite 3

Aus dem Inhalt

Communio

- 1 Zwischen Säkularisierung und Extremismus
- 3 [Im öffentlichen Raum braucht es Fairness für alle](#)
- 4 Reformationsjubiläum: LWB schafft Plattform für den Austausch unter Mitgliedskirchen
- 5 [Der Glaube ans Gute](#)
- 6 Polnische Kirchen sagen NEIN zur Gewalt gegen Frauen
- 7 [„Epochaler Wendepunkt“ vom Konflikt zur Gemeinschaft](#)
- 8 Katholischer und lutherischer Geistlicher in Lima betreiben „Ökumene an der Basis“
- 10 [„Vorreiterrolle“ in Unterstützung und Solidarität](#)
- 11 „Betet für uns!“
- 13 [„Jeder Gottesdienst ist eine Chance“](#)
- 14 Aus dem Glauben engagiert für Gerechtigkeit
- 16 [„Wir sind berufen, prophetische Kirche zu sein“](#)

Features & Themen

- 18 Irak: LWB konsolidiert Flüchtlingshilfe
- 19 [Zerstörungen im Flüchtlingslager Za'atari durch Schneesturm](#)
- 20 Abschlussprüfung an Grundschulen im Flüchtlingslager Ajoung Thok
- 21 [„Wir sind jetzt besser vorbereitet“](#)
- 22 Erste Ernte im Rahmen des Projekts „Saatgut für Lösungen“
- 23 [Ein Moment der Zuneigung](#)

Kurznachrichten

- 2 LWB verurteilt die Mordanschläge von Paris
- 17 [Südsudan: LWB-Mitarbeiter sicher zurück in Juba](#)

LWB verurteilt die Mordanschläge von Paris

Der Lutherische Weltbund (LWB) hat die „verabscheuenswürdige Menschenverachtung“ des brutalen Mordes an Journalisten des französischen Satiremagazins Charlie Hebdo und zweier Polizisten verurteilt. Jede religiöse Rechtfertigung für diesen Terrorangriff, so der LWB, müsse eindeutig zurückgewiesen werden.

In einem Schreiben an die LWB-Mitgliedskirchen in Frankreich hat LWB-Generalsekretär Pfr. Martin Junge seine tief empfundene Solidarität mit den Kirchen bekundet und den betroffenen Familien und dem gesamten französischen Volk sein Beileid ausgesprochen.

„Die erschreckende Brutalität der Morde und die Menschenverachtung, die darin sichtbar wird, ist unerträglich, unter keinen Umständen zu rechtfertigen und in aller Entschiedenheit abzulehnen“, sagte Junge über den Angriff am 7. Januar in Paris, bei dem zehn Journalisten und zwei Polizisten ermordet wurden. Sein

Schreiben war an die Kirchenpräsidenten Pfr. Laurent Schlumberger von der Vereinigten Protestantischen Kirche Frankreichs, Herrn Christian Albecker von der Union der Protestantischen Kirchen von Elsass und Lothringen und Pfr. Dr. Jean A. Ravalitera von der Madegassischen Protestantischen Kirche in Frankreich gerichtet.

„Wir dürfen uns diesen Angriffen nicht beugen“, schrieb Junge. Die Lutherische Gemeinschaft bete für Stärke und Hoffnung. Die Kirchen forderte er auf, fest in ihrem Zeugnis zu bleiben, und sprach ihnen Mut zu, dies als eine Zeit zu begreifen, „in der wir in der Verpflichtung Kraft finden, tatkräftige Akteure für unsere Werte zu sein.“

Es sei wichtig, sich gegen die eigentlichen Absichten dieses Angriffs – Spaltung, Stigmatisierung und Duldung von Gewalt – zur Wehr zu setzen. Die Kirchen müssten verstärkt für Zusammenhalt und Solidarität eintreten.

Lutherischer Weltbund –
eine Kirchengemeinschaft

150, route de Ferney
Postfach 2100
CH-1211 Genf 2
Schweiz

Telefon: +41/22-791 61 11
Fax: +41/22-791 66 30
E-Mail: info@lutheranworld.org
www.lutheranworld.org

Leiterin des Kommunikationsbüros

Heidi Martinussen
hpm@lutheranworld.org

Deutsche Ausgabe

Herausgegeben gemeinsam mit dem Deutschen Nationalkomitee des Lutherischen Weltbundes (DNK/LWB)

Layout

Stéphane Gallay
sga@lutheranworld.org

Vertrieb/Abonnement

Colette Muanda
cmu@lutheranworld.org

Die Lutherische Welt-Information (LWI) wird als Informationsdienst des Lutherischen Weltbundes (LWB) herausgegeben.

Veröffentlichtes Material gibt, falls dies nicht besonders vermerkt ist, nicht die Haltung oder Meinung des LWB oder seiner Arbeitseinheiten wieder.

Die in der Lutherischen Welt-Information mit „LWI“ gekennzeichneten Beiträge können kostenlos mit Quellenangabe abgedruckt werden.

Ökumenische und internationale Debatten

Die Studiengruppe untersucht aus lutherischer Perspektive, inwiefern das Vorhandensein oder die Abwesenheit religiösen Lebens die Öffentlichkeit prägt. Die Theologen wollen über mögliche Grundsätze für die Beziehungen zwischen Glaubensgemeinschaften und Staat nachdenken. Weiterhin soll das Zusammenleben unterschiedlicher Religionen in pluralistischen Kontexten untersucht werden und wie sie dazu beitragen, Konflikte beizulegen.

Lutherisches Engagement in der Öffentlichkeit wird bereits in zahlreichen LWB-Mitgliedskirchen diskutiert. LWB-Mitgliedskirchen sind an nationalen und regionalen Dialogen sowie sonstigen Initiativen im öffentlichen Bereich beteiligt. Vor dem Hintergrund dieser ökumenischen und internationalen Debatten soll im Laufe des Studienprozesses eine lutherische Perspektive formuliert werden. Die 2014 vom Gremium leitender LWB-AmtsträgerInnen einberufene Studiengruppe unter dem Vorsitz von Erzbischofin Dr. Antje Ja-

ckelén (Schwedische Kirche) wird eine Erklärung erarbeiten, die dem LWB-Rat 2016 zur Beschlussfassung vorgelegt werden soll.

Der Studienprozess sei wichtig für den LWB, stellt Jackelén fest, insbesondere angesichts seiner globalen Vision, das Evangelium zu verkündigen und sich gemeinsam zu engagieren „für eine gerechte, friedliche und versöhnte Welt“.

Mission und Kontext

Mit Blick auf den schwedischen Kontext erklärte sie: „Wir müssen herausfinden, was es praktisch bedeutet, unseren Glauben dynamisch zu leben. Als lutherische Kirche stehen wir an der Schnittstelle von zunehmender Säkularisierung einerseits und wachsender Sichtbarkeit von Religion andererseits. Dazu kommt, dass Religionsgemeinschaften vor neuen, sich verändernden Anforderungen an ihre diakonische Arbeit stehen.“ Angesichts der Vielschichtigkeit von Verkündigung und Dienst vor Ort und weltweit sei diese Sensibilität für ökumenische und interreligiöse Fragen erforderlich.

Jackelén erwartet von dem Studienprozess eine klare Formulierung wichtiger theologischer Einsichten. Diese sollen die lutherischen Kirchen dabei unterstützen, ihre Mission zu leben in einer Zeit, die geprägt ist von „Polarisierungen, Fundamentalismen verschiedener Art und gewalttätigen Ideologien“. Die Mission, so Jackelén, sei „überall die gleiche und sieht doch unterschiedlich aus, je nach dem Kontext, in dem wir arbeiten, und den Entscheidungen, die verschiedene Teile der Kirche getroffen haben.“

LWB-Generalsekretär Pfr. Martin Junge unterstrich, Aufgabe der Studiengruppe sei es, Einsichten aus der lutherischen Theologie zur wahren Rolle der Religion im öffentlichen Raum zu formulieren, insbesondere im Blick auf aktuell „hitze Debatten“ zu diesem Thema. Mancherorts werde das religiöse Leben aus dem öffentlichen Raum verdrängt. Anderswo würden extreme Gewaltausbrüche in religiöse Bezüge gesetzt und lösten so eine „destruktive Dynamik“ aus.

„Es ist wichtig, den religiösen und den politischen Bereich in der Gesellschaft als zwei unterschiedliche Bereiche zu unterscheiden“, so Junges Fazit.

Im öffentlichen Raum braucht es Fairness für alle

LWB-Studiengruppe steckt Rahmen für zweijährigen Arbeitsprozess ab

Stuttgart (Deutschland)/Genf (LWI) – Die Studiengruppe des Lutherischen Weltbundes (LWB), die sich mit der Frage auseinandersetzt, warum und wie seine Mitgliedskirchen im öffentlichen Raum präsent sind, hat gemeinsame Ziele für ihren Studienprozess festgelegt.

Die sieben TheologInnen aus allen LWB-Regionen sowie Mitarbeitende der Abteilung für Theologie und Öffentliches Zeugnis (ATÖZ) kamen vom 29. bis 31. Januar zu einer ersten Tagung in der Evangelischen Akademie Bad Boll (Deutschland) zusammen. Sie bekräftigten, die Öffentlichkeit müsse faire Chancen für eine gleichberechtigte Teilhabe aller BürgerInnen bieten. Einen Raum zu schaffen, in dem Menschen gemeinsam an einer

Veränderung in der Gesellschaft hin zu Frieden und Gerechtigkeit wirken könnten, sei Teil des Auftrags, den alle ChristInnen in der Taufe erhalten hätten.

Der öffentliche Raum werde jedoch immer wieder durch Kräfte wie Manipulation, Fragmentierung oder Dominanzbestrebungen deformiert, stellten die TheologInnen fest. ChristInnen und Kirchen müssten solche Verhaltensweisen hinterfragen und sich ihnen entgegenstellen.

Untersuchungen lutherischer Dialektik

Um die Rolle von Kirchen und ChristInnen im öffentlichen Raum klarer

herauszuarbeiten, befasste sich die Studiengruppe mit dialektischen lutherischen Differenzierungen wie etwa zwischen dem geistlichen und weltlichen Reich, der Identität als Heilige/r und SünderIn sowie dem Glauben und der Vernunft. Weiterhin untersuchten sie das lutherische Verständnis von Freiheit und Verantwortung.

„Wie können wir ein prophetischeres lutherisch-christliches Zeugnis anbieten inmitten der Kakophonie der religiösen Stimmen auf unserem öffentlichen Marktplatz? Wie können wir als Lutheranerinnen und Lutheraner partnerschaftlich mit anderen beitragen zum Aufbau gesunder Gesellschaften, in denen alle Kinder Gottes – und die Fülle der Schöp-

fung – gedeihen können?“ Diese Fragen stellte Dr. Kathryn M. Lohre, Referentin der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Amerika für ökumenische und interreligiöse Beziehungen.

Für Pfarrerin Dr. Eva Harasta aus der Evangelischen Kirche Augsburgischen Bekenntnisses in Österreich, die als Studienleiterin für Theologie und Interreligiösen Dialog tätig ist, ist der religiöse Pluralismus ein wichtiger Faktor für die Entscheidung über das Mass der aktiven Präsenz im öffentlichen Raum. „Ein Akzeptieren der multireligiösen Situation ist von

fundamentaler Bedeutung und die Interkontextualität hat Relevanz für die Entwicklung einer Hermeneutik der lutherischen Präsenz im öffentlichen Raum“, betonte Harasta.

„Die verschiedenen Mitglieder der Studiengruppe bringen verschiedene Perspektiven in den Prozess ein, aber ihnen allen ist das Anliegen gemeinsam, unseren aktiven Beitrag zum öffentlichen Raum als fairem Raum für alle klarer zu artikulieren“, so Pfarrerin Dr. Simone Sinn, Studienreferentin des LWB für öffentliche Theologie und interreligiöse Beziehungen.

Regionale Kontexte berücksichtigen

Es sei entscheidend, die soziopolitischen Kontexte der verschiedenen LWB-Regionen in den Blick zu nehmen, damit der Studienprozess für die Realität der Gegenwart relevant sein könne, so Sinn. „Am Rand Verortete und zum Schweigen Gezwungene hinterfragen jedes bequeme Verständnis vom öffentlichen Raum und drängen uns, ein tieferes, noch intensiveres Verständnis zu entfalten. Die Studiengruppe steht am Beginn eines Reflexions- und Handlungsprozesses, der von Bedeutung ist für die lutherische Kirchengemeinschaft insgesamt.“

Den Vorsitz der Studiengruppe hat Erzbischöfin Dr. Antje Jackelén von der Schwedischen Kirche. Das Ergebnis ihrer ersten Tagung wird den jeweiligen regionalen Kirchenleitungskonferenzen des LWB vorgelegt. Eine zweite Tagung ist im Rahmen der vom LWB organisierten theologischen Konferenz geplant, die sich im Oktober 2015 in Windhuk (Namibia) mit der Reformation befassen wird. Bei dieser Gelegenheit sollen Einsichten anderer AkteurInnen gesammelt werden. Den ersten Entwurf ihres Berichts will die Studiengruppe dem LWB-Rat bei seiner Tagung 2016 vorlegen.



Die schwedische Erzbischöfin Dr. Antje Jackelén ist LWB-Ratsmitglied sowie Vorsitzende der Studiengruppe, die sich mit der lutherischen Präsenz im öffentlichen Raum auseinandersetzen wird. Foto: Dr. Thilo Fitzner

Reformationsjubiläum: LWB schafft Plattform für den Austausch unter Mitgliedskirchen

„Kontakte knüpfen – einen Beitrag leisten – teilnehmen“

Genf (LWI) – Auf der neuen Website des Lutherischen Weltbundes (LWB) zum 500. Reformationsjubiläum 2017 können die LWB-Mitgliedskirchen ab sofort Kontakte knüpfen, einen Beitrag leisten und am Jubiläum teilnehmen. Die Website ist – zunächst in englischer Sprache – zugänglich unter: <http://2017.lutheranworld.org>.

Die Website markiert den Beginn des Zeitraums von 2015-2017, in dem der LWB das Reformationsjubiläum begeht.

Die Plattform könne „sicherlich dazu dienen, Kirchen und Gemeinden bei den Überlegungen zu ihren eigenen Plänen und Programmen zu inspirieren. Sie soll ihnen ermöglichen, dafür Kontakte zu anderen LWB-Mitgliedskirchen zu knüpfen“, erklärt LWB-Generalsekretär Pfr. Martin Junge.

In einem Schreiben ermutigt der Generalsekretär die Mitgliedskirchen, die Online-Plattform zu nutzen, sich an den weltweiten Veranstaltungen

anlässlich des Reformationsjubiläums zu beteiligen. Er listet die folgenden Beispiele auf:

- Entsendung junger Menschen in das bereits aktive Globale Netzwerk junger Reformerinnen und Reformer, das **im August 2015 in Wittenberg (Deutschland) tagen wird** (in englischer Sprache).
- Verwendung der in Vorbereitung befindlichen Broschüren zum

Reformationsjubiläum für theologische Gespräche vor Ort.

- Weitergabe von **Geschichten über engagierte Frauen** – Laiinnen oder Ordinierte, Theologinnen oder Frauen, die in ihrem Umfeld Führungsverantwortung tragen – die ihre jeweilige Kirche verändert haben (in englischer Sprache).
- Nutzung des Berichts „**Vom Konflikt zur Gemeinschaft. Gemeinsames lutherisch-katholisches Reformationsgedenken im Jahr 2017**“ für ökumenische Gespräche vor Ort.
- Möglichst alle LWB-Mitgliedskirchen sollten bis 2017 ihren eigenen Baum im **Wittenberger Luthergarten** gepflanzt haben.
- Teilnahme an der „Weltausstellung Reformation“ 2017 in Wittenberg, die sichtbar machen wird, dass die Reformation inzwischen zur „Weltbürgerin“ geworden ist.



Foto: Szilard Szabo

Die Webseite unterstreicht die Tatsache, dass die Reformation zur Weltbürgerin geworden ist und in verschiedensten Kontexten Fuss gefasst hat.

Die Möglichkeiten zur Mitwirkung, die der LWB konzipiert habe, böten vielfältige Ideen für lutherische Kirchen weltweit, Kontakte zu knüpfen, einen Beitrag zu leisten und teilzunehmen

an den Aktivitäten zum Jubiläum 2017, so Junges Fazit.

Die LWB-Mitgliedskirchen sind gebeten, Informationen über ihre Pläne, Materialien, Projekte und Termine weiterzugeben an **Pfarrerinnen Anne Burghardt**, LWB-Studienreferentin für ökumenische Beziehungen.

Der Glaube ans Gute

Internationale Teilnehmer diskutieren auf der Konferenz „Religion und Entwicklung“ glaubensbasierte Ansätze in der Entwicklungszusammenarbeit

Berlin (Deutschland)/Genf (LWI) – Das Zusammenspiel von „Entwicklungszusammenarbeit und Religion“ beleuchtete eine Konferenz vom 15.-18. Dezember 2014 in Berlin. Ausgerichtet von Brot für die Welt, mitorganisiert vom Lutherischen Weltbund (LWB) und ACT Alliance, bringt das Treffen 55 Teilnehmer und Teilnehmerinnen aus 25 Ländern zusammen.

Thema der Konferenz sind Fragen wie: Wie kann die Entwicklungszusammenarbeit Netzwerke und Einfluss von Religion nutzen? Es geht um mögliche Wege der Kooperation mit Ministerien, Regierungen und politischen Organisationen, um neue Akteure in Theorie und Praxis und um die Rolle der Kirche in Friedensfragen und bei

Konflikten. Zur Podiumsdiskussion bei der Eröffnung kamen 90 Gäste.

So unterschiedliche Perspektiven die Redner des ersten Nachmittags hatten, waren sie sich doch in einem einig: Religion ist ein wichtiger Baustein in den meisten Gesellschaften weltweit und sie hat großen Einfluss auf die Lebenswirklichkeit der Menschen.

Globale Netzwerke mit maximaler Reichweite

„Religionen bilden globale Netzwerke, die oft sogar die abgelegensten Gebiete erreichen können, besonders in Regionen, wo Regierungsorganisationen schwach sind“, betonte Pfr. Dr. Bernhard Felmberg vom Bundesministeri-

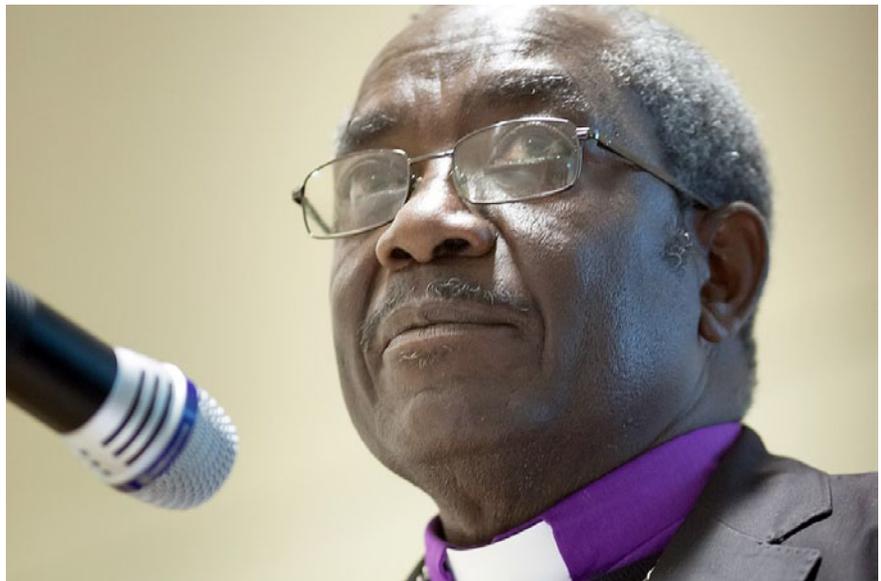
um für Entwicklungszusammenarbeit (BMZ). Im BMZ wurde deshalb eine Task Force zu Werten, Religion und Entwicklung gegründet.

„Vor ein paar Jahren haben wir gedacht, dass Politik nichts mit Entwicklung zu tun hat. Was überhaupt nicht stimmt, wir wissen das heute“ resümiert Jean-Louis Ville von der Generaldirektion DEVCO development und cooperation der Europäischen Kommission. „Jetzt geht es um Religion und die Frage ist, wie wir sie integrieren. Sie ist ein Teil der Gesellschaft, in der wir leben.“

Ville stellt vor, wie ernst Religion inzwischen in Brüssel genommen wird. So seien die rechtlichen Rahmenbedingungen zur finanziellen Förderung

von Projekten dahingehend geändert worden, dass nun auch die Gewährung von Religionsfreiheit berücksichtigt wurde. Neue Richtlinien regeln seit einem Jahr den Umgang mit religiösen Werten in der Projektarbeit.

Die Rolle der Religion in der Entwicklungshilfe wurde vor allem durch die Teilnehmer aus dem globalen Süden deutlich. „Der Buddhismus sagt, Hunger sei die schlimmste Krankheit“, erklärt der indische Theologe Dr. Paul Martin Chandran. „In Asien ist die Kraft von Religion immens. Und sie kontrolliert sogar die Art, wie die Welt darauf in ihrem eigenen Kontext reagiert“ so seine Erfahrung.



Bischof Dr. Shekutaamba V. V. Nambala auf der Konferenz „Religion and Development“ in Berlin.
Foto: Anja Martin

Menschenrechte und staatliche Verantwortung

Während Dinge wie Armut im asiatischen Kontext oft als gottgegeben akzeptiert würden seien es andererseits aber auch die oft die Religionen, die an humanitäre Aufgaben erinnern. Die Sorge um und für den Nächsten sei der Imperativ jeder Religion, so der Theologe.

In Namibia sei die Kirche ein wichtiger Träger sozialer und politischer Entwicklung, berichtet Dr. Shekutaamba V. V. Nambala, amtierender Bischof der Evangelisch-lutherischen Kirche

in Namibia (ELKN). „Man kann nichts tun, ohne dabei in Berührung mit der christlichen Gemeinschaft zu kommen.“ Anders als in westlichen Ländern sei es in seinem Kontext eher notwendig, an die Verantwortung des Staates zu erinnern (siehe Interview unten).

„Man sieht an den Teilnehmern, dass diese Diskussion über Religion und Entwicklungshilfe aktuell und für viele Organisationen präsent ist“ freut sich Pfr Dr. Kenneth Mtata, Studienleiter für Lutherische Theologie und Praxis bei der LWB-Abteilung für Theo-

logie und öffentliches Zeugnis (ATÖZ). „Man kann es von den Regierungsbeauftragten, von den Entwicklungsagenturen, von den Kirchenoberen und von den Wissenschaftlern hören, dass es ein Thema ist, mit dem sich jeder befassen will.“

Pfr. Dr. Dietrich Werner von Brot für die Welt freut sich, dass die Konferenz zur rechten Zeit kommt. Man habe sich für dieses Mal zwar auf christliche Kirchen beschränkt, könnte sich aber vorstellen, in einer nächsten Runde den Dialog für alle Weltreligionen zu öffnen.

Polnische Kirchen sagen NEIN zur Gewalt gegen Frauen

Evangelische Kirche der Augsburgischen Konfession in Polen veranstaltet Konferenz über die Genderngerechtigkeit im LWB

Warschau, Polen/Genf (LWI) – Die Evangelische Kirche der Augsburgischen Konfession in Polen hat am 19. November 2014 in Warschau eine Konferenz veranstaltet, um über die Verwirklichung der Genderngerechtigkeit des Lutherischen Weltbundes (LWB) zu informieren. Ein weiterer Themenschwerpunkt der Konferenz waren Gleichstellung und ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis in der Ortskirche und in der polnischen Gesellschaft im Vorfeld des 500. Reformationsjubiläums 2017.

„Wir können die Ungerechtigkeit auf der Welt nicht abschaffen, aber wir können unsere Umgebung beeinflussen, so dass Ungerechtigkeit und Ungleichheit nicht weiter zunehmen“, sagte Jerzy Samiec, Vorsitzender Bischof der Gastkirche.

Rund 70 Delegierte, darunter Führungskräfte der lutherischen Kirche, ökumenische Gäste, Lehrende und Studierende der Christlichen Akademie für Theologie in Warschau, nahmen an der Konferenz im Lutherischen Zentrum teil.

Drei LWB-Publikationen – *Kirchen sagen „NEIN“ zur Gewalt gegen Frauen*, *Eine Betrachtung über Geschlecht und Macht aus der Sicht des Glaubens* und das Grundsatzpapier *Genderngerechtigkeit im LWB* bildeten die Grundlage der Diskussionen über Geschlechtergleichheit im LWB und in den Kirchenstrukturen.

Die Übersetzung und Veröffentlichung der drei LWB-Publikationen ist besonders im polnischen Kontext von Bedeutung. Auf der letzten Sitzung der Synode im Oktober erklärte Bischof

Samiec, dass er auf der Herbstsitzung der Synode 2015 einen Vorschlag zur Änderung des innerkirchlichen Rechts vorlegen werde, damit auch Frauen in die Evangelische Kirche der Augsburgischen Konfession in Polen ordiniert werden können. Die Abstimmung soll im Frühjahr 2016 erfolgen.

Im Laufe der Diskussion will Bischof Samiec ebenfalls Informationen über die Frauenordination und die damit einhergehenden Erfahrungen in anderen LWB-Mitgliedskirchen sammeln und eine Umfrage unter den Gemeindegliedern durchführen.

Die stellvertretende LWB-Generalsekretärin für Ökumenische Angelegenheiten und Direktorin der Abteilung für Theologie und Öffent-

liches Zeugnis (ATÖZ), Pfarrerin Dr. Kaisamari Hintikka, unterstrich die Rolle der Kirchen als Anwälte für die Geschlechtergerechtigkeit in der Gesellschaft, und zeigte sich erfreut darüber, dass Genderthemen bei den polnischen LutheranerInnen einen so hohen Stellenwert haben.

„Der LWB spricht heute nicht nur über Geschlechtergleichstellung, sondern über Geschlechtergerechtigkeit. Wenn wir über Gerechtigkeit reden, dann sollten wir dabei nicht nur an Frauen, sondern auch an Männer denken“, sagte sie, und fügte hinzu, dass die LWB-Schriften als Leitlinien und Informationsquellen verwendet werden können, um in Polen mehr Geschlechtergerechtigkeit durchzusetzen.

Dr. Joanna Koleff-Pracka von der Christlichen Akademie für Theologie sagte, die LWB-Publikationen eröffneten die Möglichkeit, „die Würde von Frauen und Männern zu schützen und zu unterstützen, die nach Gottes Ebenbild geformt wurden und mitverantwortliche VerwalterInnen der Schöpfung sind.“

Für Dekanin Halina Radacz ist die Veröffentlichung „Kirchen sagen „NEIN“ zu Gewalt gegen Frauen“ wichtig im Kontext der Debatte in Polen, bei der es um eine „Konvention über die Verhinderung und Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen und gegen häusliche Gewalt“ geht. Der Standpunkt der Lutherischen Kirchen zum Thema Gewalt wurde zur Kenntnis genommen und von Professorin Małgorzata Fuszara, der Regierungsbeauftragten für Gleichstellung, positiv aufgenommen.

Die Richtlinie für Gendergerechtigkeit wurde im LWB-Rat 2013 angenommen und befindet sich zurzeit in einem Prozess der Kontextualisierung und der Diskussion in Kirchen und auf regionalen Plattformen. Übersetzungen in die vier offiziellen LWB-Sprachen sowie Initiativen der Regionalnetzwerke von FKG (Frauen in Kirche und Gesellschaft), den Text ebenfalls auf Polnisch, Portugiesisch und Kiswaheli zu veröffentlichen, unterstreichen die Bedeutung dieser Publikation als Antwort auf lokale Probleme mit der Gendergerechtigkeit.



Workshop über Geschlechtergerechtigkeit, Warschau, Polen. Foto: Michał Karski

„Epochaler Wendepunkt“ vom Konflikt zur Gemeinschaft

Vatikan und LWB kündigen gemeinsames liturgisches Material zu 2017 an

Rom (Italien)/Genf (LWI) – An einem Wendepunkt sieht LWB-Generalsekretär Martin Junge die Beziehungen von lutherischer und römisch-katholischer Kirche. In einer Podiumsveranstaltung am Donnerstag, dem 18. Dezember 2014, in der Christuskirche in Rom betonte Junge, dass sich das Verhältnis der beiden Kirchen im Wandel „vom Konflikt zur Gemeinschaft“ be-

fände. Gerade in einer Welt, „in der Religion und Glaube immer wieder auch als Unruhestifter porträtiert und wahrgenommen werden“, sei es ein phänomenales Zeugnis, dass sich die lutherische und die römisch-katholische Kirche weiter „hin zu einer tiefen Gemeinschaft [bewegen], die uns frei macht zum Dienst an Gott und an der Welt“. Junge nahm an

dem Podium mit dem Präsidenten des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen, Kurt Cardinal Koch, dem Catholica-Beauftragten der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands, Landesbischof Karl-Hinrich Manzke, und dem Vorsitzenden der Ökumenekommission der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Gerhard Feige, teil.

In diesem Rahmen kündigten LWB-Generalsekretär Junge und Kardinal Koch auch eine gemeinsame liturgische Handreichung für das Reformationsgedenken an. Die Veröffentlichung ist für 2015 geplant. Das lutherisch/römisch-katholische Material soll Kirchen in aller Welt auf dem Weg ins Jahr 2017 die Möglichkeit eröffnen, ökumenisch einen Blick auf die 500 Jahre der Reformation zu werfen.

Die Handreichung wird an das 2013 veröffentlichte Dialogdokument „Vom Konflikt zur Gemeinschaft“ anschließen und es auf liturgische Vollzüge übertragen. Mit einem Dreischritt von Buße über die gegenseitigen Verletzungen, Freude über die Einsichten und Dimensionen der Reformation und schließlich Hoffnung auf die Einheit, lehnt es sich auch an die Struktur des Dialogdokumentes an.

Auf dem Podium wurde auch die Frage diskutiert, was man 2017

denn überhaupt feiern wolle. „Keine Kirchenspaltung, auch nicht den 500. Geburtstag einer Kirche und auch kein Heldengedenken“, dies sei klar, so Bischof Feige, „was aber dann? Christus in den Mittelpunkt der Feierlichkeiten 2017 zu stellen und auf diese Weise ein Christusfest zu feiern, würde eine verbindende Brücke für beide Partner bauen. Dies sei seiner Erfahrung nach schon bei der Heilig-Rock-Wallfahrt 2012 in Trier erfolgreich gewesen. Gleichzeitig müsse der Begriff aber noch stärker mit konkreten Inhalten gefüllt werden.“

Einigkeit herrschte auf dem Podium auch über die Frage eines gemeinsamen Bußaktes zwischen Lutheranern und Katholiken. „Ich würde es sehr schön finden, wenn zwischen Katholiken und Lutheranern ein solches Zeichen passieren könnte“, sagte Kardinal Koch. Dabei gehe es nicht um einseitige Verfehlungen oder Aufforderungen zur Buße. „Die katholi-

sche Seite redet den Lutheranern nicht ein, dass sie ein Schuldbekennnis abgeben sollen“, unterstrich Bischof Feige. Beide Seiten hätten Schuld auf sich geladen, so Koch und Feige übereinstimmend.

LWB-Generalsekretär Junge bestätigte den Nutzen der Buße mit Verweis auf die Erfahrungen des LWB im Gespräch mit der mennonitischen Weltgemeinschaft: „Wir sind einfach nicht weitergekommen, weil Erinnerungen im Raum standen, die zu lebendig waren.“

Der Bußakt während der LWB-Vollversammlung 2010 in Stuttgart habe diese Hindernisse aus dem Weg geräumt. Auch von dem deutschen Catholica-Beauftragten Manzke fand die Idee Unterstützung. Er rief bei aller Notwendigkeit der Buße aber auch dazu auf, die positiven Erfahrungen und Gemeinsamkeiten nicht zu vergessen, nämlich „dass unsere Kirchen einen gemeinsamen Auftrag haben: Ein klares Zeugnis in Wort und Tat zu geben.“

Die Podiumsveranstaltung fand im Rahmen des Abschlusses des deutschen Internetprojektes „2017 gemeinsam unterwegs“ statt. In dem Projekt hatten das Deutsche Nationalkomitee des Lutherischen Weltbundes (DNK/LWB) und das Johann-Adam-Möhler-Institut in ökumenischer Trägerschaft das Dialogdokument „Vom Konflikt zur Gemeinschaft“ im Internet zur Diskussion gestellt. Vor dem Podiumsgespräch erfolgte die Übergabe der Ergebnisse des Projektes durch Bischof Manzke und Bischof Feige. Kardinal Koch und Generalsekretär Junge nahmen die Ergebnisse für die Weltbünde entgegen.



Landesbischof Dr. Karl-Hinrich Manzke, LWB-Generalsekretär Pfarrer Martin Junge, Kurt Kardinal Koch und Bischof Dr. Gerhard Feige bei der Übergabe der Ergebnisse des Internetprojektes „2017 gemeinsam unterwegs“ am 18.12.2014 in der lutherischen Christuskirche in Rom. Foto: LWB-DNK/F. Hübner

Katholischer und lutherischer Geistlicher in Lima betreiben „Ökumene an der Basis“

Junge LutheranerInnen und KatholikInnen feiern gemeinsam ihr erstes Abendmahl

Lima (Peru)/Genf (LWI) – Am 7. Dezember 2014 feierten der katholische Priester

Marco Agüero Vidal und Pfarrer Pedro Bullón von der Peruanischen Luthe-

risch-Evangelischen Kirche (ILEP) in Pamplona Alta, Bezirk San Juan de Mi-

raflores, Lima (Peru), gemeinsam mit lutherischen und katholischen jungen Menschen deren erste Teilnahme am Tisch des Herrn. In einem Interview mit der *Lutherischen Welt-Information (LWI)* berichten die beiden Kirchenvertreter von den Meilensteinen auf ihrem Weg zu einer „Ökumene an der Basis“.

Wie würden Sie die Höhepunkte und die Botschaft der katholisch-lutherischen Erstkommunion beschreiben, die Sie im vergangenen Dezember in San Juan de Miraflores gefeiert haben?

Wir haben gemeinsam das Material der katholischen Pfarrgemeinde zur Vorbereitung auf die Erstkommunion verwendet, weil es sehr vielseitig ist und die Realität in Peru mit ihren verschiedenen Aspekten (Familie, Nachbarschaft, Situation der einzelnen Person usw.) berücksichtigt. Dies war der erste Schritt hin zu einer gegenseitigen Anerkennung beider Gemeinden, mit Plänen für eine offiziellere Anerkennung in naher Zukunft. Die Freude und Zufriedenheit, die die Angehörigen zum Ausdruck brachten, die an der gemeinsamen Feier teilnahmen, hat die Beziehungen eines grösseren Kreises in der Nachbarschaft gestärkt: Es entstand Freundschaft unter uns und Freundschaft mit Jesus.

Wann begann Ihre Zusammenarbeit als benachbarte katholische und lutherische Gemeinde und wie sehen gemeinsame Aktivitäten aus?

Wir haben die Zusammenarbeit anlässlich der Gebetswoche für die Einheit der Christen im Januar 2012 aufgenommen. Wir wollten mehr tun, als gemeinsam zu beten und in der katholischen wie lutherischen Gemeinde jeweils gemeinsam Eucharistie zu feiern. Noch in der gleichen Woche haben wir uns gegenseitig besucht. Das war ein unvergessliches Erlebnis, weil die Angehörigen beider Gemeinden mehr solche Treffen wollten. So wurden wir ermutigt, die Schwelle zum gemeinsamen Leben als interkonfessi-



Der lutherische Pfarrer Pedro Bullón (li.) und der katholische Priester Marco Agüero Vidal (re.) teilen in Pamplona Alta (Lima) das Abendmahl an junge Menschen aus, die im Dezember 2014 erstmals zum Tisch des Herrn gehen. Foto: LWB/Sean Hawkey

onelle Gemeinschaft zu überschreiten, mit dem Ziel einer befreienderen Erfahrung der Gnade Gottes. Zu unseren gemeinsamen Aktivitäten in Pamplona Alta gehören:

- Gemeinsame Auseinandersetzung mit der Gemeinsamen Erklärung zur Rechtfertigungslehre [GE – 1999 unterzeichnet vom LWB und dem Vatikan], mit dem Ziel der Erarbeitung und Verbreitung einer allgemeinverständlichen Fassung.
- Eintreten für die und Unterstützung der Einrichtung einer Gemeinsamen Kommission (peruanische Bischofskonferenz und ILEP), die sich im Blick auf 2017 mit dem Dokument „Vom Konflikt zur Gemeinschaft. Gemeinsames lutherisch-katholisches Reformationsgedenken im Jahr 2017“ [2013 vorgelegt von der Lutherisch/römisch-katholischen Kommission für die Einheit] befasst.
- Gemeinsame Treffen auf der Ebene der Kirchengemeinden mit dem Ziel, einander besser kennenzulernen durch die Auseinandersetzung mit wichtigen Dokumenten beider Seiten, z. B. dem Apostolischen Schreiben Evangelii Gaudium (Die

Freude des Evangeliums) [2013] von Papst Franziskus.

- Ökumenisches Pfingstfest in der Gemeinde St. Franziskus von Assisi.
- Gemeinsame Nutzung katechetischer Materialien zur Vorbereitung auf die Erstkommunion.
- Gemeinsame Feier der ersten lutherisch-katholischen Erstkommunion am 7. Dezember 2014 in Pamplona Alta.
- Zusammenarbeit bei der Bewusstseinsbildung und Mobilisierung der Bevölkerung zur Vorbeugung gegen Tuberkulose im Manuel Barreto-Gesundheitszentrum.
- Mitwirkung im Waldprogramm [Pflanzung von Bäumen] der Stadt Lima unter Bürgermeisterin Susana Villarán, von dem das Gemeinwesen Pamplona Alta profitiert.

Welche Wirkung hatte der lutherisch-katholische Dialogprozess auf der Weltebene auf Ihre Initiativen vor Ort?

Die wichtigste Konsequenz für uns ist ein neuer Ansatz zur Überwindung von Barrieren und Vorurteilen, die unserer Gemeinschaft im Weg stehen

könnten. Wir können auf die Vision einer Basisökumene hinarbeiten. Die Gemeinsame Erklärung war für unsere beiden Kirchen und Gemeinden hilfreich und wir verbreiten sie auch über Pamplona Alta hinaus weiter. Sie bietet eine sichere Grundlage für das ökumenische Engagement beider Kirchen im Sinne der Einheit der universalen Kirche.

Welcher Zusammenhang besteht zwischen dem neuen Dokument Vom Konflikt zur Gemeinschaft und Ihrer fortlaufenden Zusammenarbeit und was ist die zentrale Botschaft, die lutherische und katholische Glaubende in Peru weitergeben wollen?

Das Dokument Vom Konflikt zur Gemeinschaft wurde hier von beiden Seiten

mit grosser Freude aufgenommen, weil es den Wunsch nach einer neuen Beziehung zwischen unseren beiden Kirchen artikuliert, die durch Dialog entsteht und nicht dadurch, dass der anderen Seite ein einseitiger Triumphalismus aufgenötigt wird. Hieraus kann ein gemeinsames Glaubenszeugnis erwachsen und in unserer von tiefen Spaltungen geprägten gesellschaftlichen Situation in Peru der Raum für demokratischen Dialog gestärkt werden.

Was können andere lutherische und katholische Gemeinden im Blick auf das Reformationsjubiläum 2017 lernen von dem ökumenischen Weg, den Sie beschreiten?

Im Blick auf das näher rückende 500. Reformationsjubiläum sehen wir

die Gebetswoche für die Einheit der Christen als Chance, gemeinsam zu feiern und zwar nicht nur im Januar [18.-25.01.], sondern, vor allem auch hier in der südlichen Hemisphäre, ebenso in der Zeit vor Pfingsten. Die Gebetswoche gibt uns Gelegenheit, uns eingehend mit dem Gebet Jesu, „damit sie alle eins seien“, auseinanderzusetzen und gemeinsam zu prüfen, inwieweit wir dieses Gebet in unserer jeweiligen Gemeinde ernst genommen haben. Die Vorbereitungen auf 2017 bieten Möglichkeiten für Prozesse der Kooperation, die authentischere, gemeinsame Dialoge und Friedensanstrengungen in der Gesellschaft fördern.

„Vorreiterrolle“ in Unterstützung und Solidarität LWB und ELKA danken Uruguay für die Aufnahme von Guantanamo-Häftlingen

Genf (LWI) – Der Lutherische Weltbund (LWB) und die Evangelisch-Lutherische Kirche in Amerika (ELKA) haben der Regierung von Uruguay gedankt, die sechs ehemalige Guantanamo-Häftlinge als Flüchtlinge aufgenommen hat. Die sechs Männer waren 12 Jahre lang in Guantanamo Bay gefangen gehalten worden.

„Abgesehen davon, dass unser Glaube uns lehrt, Fremde willkommen zu heissen, ist der Schutz von Flüchtlingen für Staaten, die internationaler Gesetzgebung unterliegen, auch eine internationale Pflicht“, sagte Ojot Ojulu, LWB-Referent für Advocacy. „In Anbetracht dessen ist die Entscheidung Uruguays, Häftlinge aus Guantanamo Bay aufzunehmen, sehr zu begrüssen.“

Die Flüchtlinge – vier Syrer, ein Palästinenser und ein Tunesier – waren 2002 unter dem Verdacht, einer Miliz mit Verbindungen zu al-Quaida anzugehören, interniert worden. Es konnte ihnen jedoch nie etwas nachgewiesen werden. Die USA hatten zunächst Schwierigkeiten, Aufnahmeländer zu finden, die bereit waren, Häftlinge nach

deren Haftentlassung im Jahr 2009 aufzunehmen. Der uruguayische Präsident Jose Mujica bot an, die Männer als humanitäre Geste aufzunehmen und sagte, sie seien in dem südamerikanischen Land willkommen. In Uruguay ist nur ein sehr kleiner Anteil der Bevölkerung muslimischen Glaubens.

„Die Regierung von Uruguay hat die moralische Verpflichtung, Fremde willkommen zu heissen, ernst genommen“, sagte Stacy Martin, Vorsitzende des Bereichs Politik und Advocacy bei der ELKA. „Dazu waren die Vereinigten Staaten selbst nicht bereit, dabei stellen die betreffenden Guantanamo-Häftlinge weder eine Bedrohung der nationalen Sicherheit noch der Gemeinden darstellen, in denen sie angesiedelt werden könnten. Uruguay hat eine Vorreiterrolle übernommen und ist ein positives Beispiel für die USA und den Rest der internationalen Gemeinschaft.“

„Das Handeln Uruguays ist zu begrüssen“, so Martin weiter. „Die gemeinschaftliche Verpflichtung von uns Lutheranern, Fremde willkommen

zu heissen, wird sowohl in unserer Lehre als auch in der Praxis selbstverständlich gelebt. Daher sind wir der Regierung Uruguays ganz besonders dankbar, dass sie ihre Pforten für diese Menschen geöffnet hat.“

Bei seinem diesjährigen Ratstreffen im indonesischen Medan gab der LWB eine Erklärung heraus, in der die Verpflichtung, Fremde willkommen zu heissen, besonders betont wird. Diese Initiative wird von vielen religiösen und weltlichen Organisationen befürwortet.

„Wir sehen, dass es in unserer heutigen Welt so notwendig wie nie zuvor ist, Fremde in unserer Mitte willkommen zu heissen. Es ist unsere Pflicht, allen Menschen in Not mit Liebe zu begegnen, unabhängig von ihrer Religion, ihrem Geschlecht und ihrer Nationalität“, so das Statement. „Wir stellen fest, dass es immer mehr Flüchtlinge in der Welt gibt. Ob Migrantinnen und Migranten, Flüchtlinge oder andere Menschen, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden – sie alle brauchen unsere Unterstützung und Solidarität.“

„Betet für uns!“

Nigeria: Lutherischer Erzbischof sieht weltweite Solidarität als entscheidend für den Kampf gegen Boko Haram

Numan (Nigeria)/Genf (LWI) – In einem Interview mit der *Lutherischen Welt-Information (LWI)* hat der nigerianische lutherische Erzbischof Dr. Nemuel A. Babba gefordert, die Christenheit weltweit müsse energischer ihre Stimme gegen die von Boko Haram verübte Gewalt erheben. Weiterhin rief er zur Solidarität auf, mit dem Ziel, Vertrauen und Beziehungen zwischen ChristInnen und MuslimInnen in dem Land wiederherzustellen. Ein Grossteil der Gemeinden der Lutherischen Kirche Christi in Nigeria (LKCN), der Babba vorsteht, ist im Norden des Landes angesiedelt.

Inwiefern ist die Bevölkerung und sind die Kirchen im Nordosten Nigerias direkt von der zunehmenden Gewalt durch Boko Haram betroffen?

Zunächst möchte ich als Leiter der LKCN den zehntausenden Familien im Nordosten – die dem Christentum, dem Islam und anderen Glaubensrichtungen angehören – meine herzliche Anteilnahme aussprechen. Sie haben in der anhaltenden Welle der bewaffneten Angriffe durch Boko Haram - Angriffe auf die Dörfer geliebte Menschen verloren. Die sinnlosen Morde

Anfang Januar und die Zerstörung von Häusern, Kirchen, Moscheen, Schulen, Geschäften und Firmen in der Stadt Baga im Bundesstaat Borno haben erneut die Verrothheit von Boko Haram und die Hilflosigkeit der Bürgerinnen und Bürger Nigerias bewiesen, die nicht in der Lage sind, sich zu verteidigen.

Wie viele andere christliche und muslimische Gemeinschaften in den Bundesstaaten Borno, Yobe und hier in Adamawa hat die LKCN seit Beginn der bewaffneten Übergriffe durch Boko Haram, mit denen die Gruppe seit 2009 versucht in diesem Landesteil einen islamischen Staat zu schaffen, gewaltige Verluste zu beklagen. Am schwersten betroffen sind die LKCN-Diözesen Arewa und Shall-Holma. Die dortigen Bischöfe waren vor zwei Monaten gezwungen, ihren jeweiligen Amtssitz zu verlassen. Wie auch bei tausenden anderen Vertriebenen wissen wir nicht, wann sie zurückkehren können. Viele lutherische Kirchen und Einrichtungen, wie die Kathedralen in Gombi und Arewa wurden niedergebrannt oder geplündert. In Arewa und Shall-Holma konnten etwa 50.000 Mitglieder

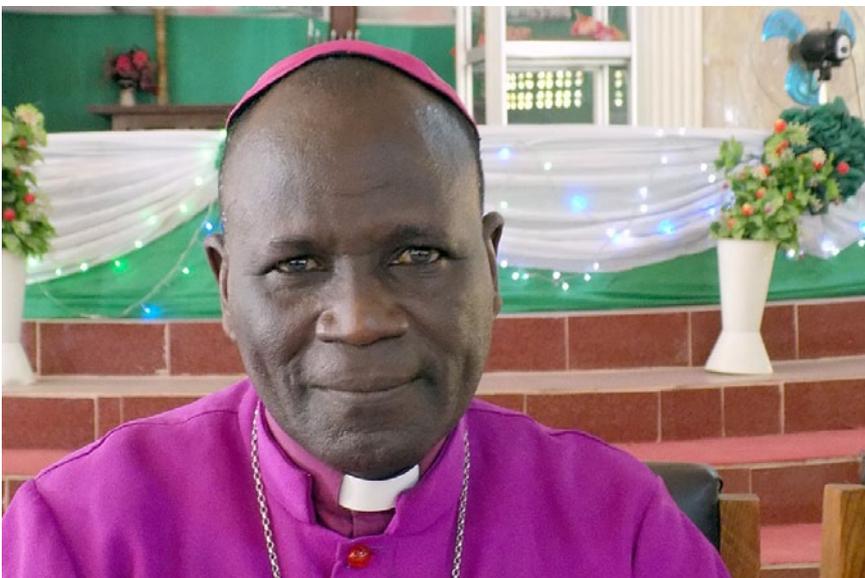
unserer Kirche aufgrund der Gewalt keinen lutherischen Weihnachts- oder Neujahrgottesdienst feiern.

Wie gehen Kirchen und christliche Gemeinden mit den Betroffenen um?

Es gibt zehntausende Binnenvertriebene aus den betroffenen Staaten. Im LKCN-Zentrum in Numan haben wir etwa 500 Flüchtlinge aufgenommen, viele weitere haben in Familien Zuflucht gefunden. Es ermutigt mich, dass viele Mitglieder unserer Kirche wie auch andere Menschen christlichen und muslimischen Glaubens die Türen öffnen für ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger, die vor der Gewalt fliehen mussten. Wir wollen keine Flüchtlingslager errichten, sondern mit der örtlichen Verwaltung bei der Hilfe für die akut Bedürftigen zusammenarbeiten und ihre Rückkehr nach Hause unterstützen. Wir mobilisieren weiter die Bevölkerung vor Ort für die Bereitstellung von Lebensmitteln, Wasser und Kleidung – mit überwältigender Resonanz. Auch die Behörden und muslimische Organisationen engagieren sich stark, und stellen beispielsweise Matratzen und Bettzeug zur Verfügung.

Gibt es bei Ihnen ökumenische oder interreligiöse Ansätze zum Engagement für die Betroffenen?

Ja und nein. Ja, denn als Religionsgemeinschaften sind wir uns bewusst, dass die Vertriebenen unsere Hilfe brauchen, und wir alle haben uns dieser Aufgabe nach besten Kräften gestellt. Als Christinnen und Christen haben wir zudem das Bewusstsein der Regierung dafür geweckt, dass aus unserer Sicht die christliche Bevölkerung von Boko Haram speziell bedroht wird. Damit wollen wir nicht leugnen, dass Musliminnen und Muslime angegriffen und getötet werden, aber die höchsten



Dr. Nemuel A. Babba, Erzbischof der LKCN. Foto LKCN/Felix Samari

Opferzahlen gibt es auf christlicher Seite.

Warum aber sage ich auch nein? Deshalb, weil mit unseren muslimischen Brüdern und Schwestern kein Dialog über die Absichten und Auswirkungen von Boko Haram stattfindet. Die Existenz dieser militanten Gruppierung hat das Vertrauen zwischen der christlichen und muslimischen Bevölkerung bei uns ausgehöhlt. Das geht so weit, dass wir nicht offen und ehrlich über diesen gemeinsamen Feind reden können.

Wir erleben Schmerzliches in den Familien und dem gesamten Land. Ein Beispiel aus einer der vielen Familien mit christlichen und muslimischen Mitgliedern: Vor kurzem etwa nahm einer von vier christlichen Brüdern seine Schwester, eine Muslima, in sein Haus auf, weil sie und ihre Familie vor den Angriffen geflohen waren. Aber binnen weniger Tage bat er sie, sich eine andere Bleibe zu suchen, weil er ihre offene Kritik und Geringschätzung von Menschen christlichen Glaubens nicht ertragen konnte. Ihre Kinder wohnen weiter bei ihrem christlichen Onkel und seinen Kindern. Wie sollen wir solche Beziehungen heilen und wiederherstellen, wo eine „Hüterin ihres Bruders“ wegen radikaler religiöser Ideale buchstäblich zur Peinigerin ihres Bruders wurde? Wir können manchen unserer muslimischen Brüder und Schwestern nicht mehr vertrauen, weil wir nicht wissen, ob sie ehrlich sind, wenn sie davon sprechen, dass sie Boko Haram ablehnen. Eine ähnliche Dynamik ist in der Regierung, in den politischen Parteien und den Streitkräften zu beobachten. Unsere Feinde sind nigerianische Mitbürgerinnen und Mitbürger und es ist äusserst schwierig, einen solchen Feind zu

bekämpfen und in diesem multireligiösen, ethnisch vielfältigen Staat und in seinen Familien das Vertrauen wiederherzustellen.

Wie können die lutherische Kirchengemeinschaft und die weltweite Christenheit ihre Solidarität zeigen?

Es muss gesagt werden, dass die nigerianischen Christinnen und Christen Wut empfinden, denn wir sind von Boko Harams Gräueltaten am schwersten betroffen. Wir hören unsere Mitchristen und -christinnen weltweit nicht laut und energisch genug diesen Terrorismus verurteilen, der diejenigen unter uns trifft, die im Nordosten leben. Mutig unsere Solidarität zu leben, das ist etwas, was Christinnen und Christen weltweit lernen müssen. Wir haben den Eindruck, dass nicht nachdrücklich genug darauf gedrängt wird, dem von Boko Haram verübten Terrorismus ein Ende zu setzen.

Aktuell ist auch nicht der Moment, den üblichen Ansatz für den interreligiösen Dialog in Nigeria weiterzuführen, obwohl er einen positiven Beitrag zum sozialen Zusammenhalt im Land geleistet hat. Angesichts der Tatsache, dass alle damit beschäftigt sind, die eigene Religion zu verteidigen, müssen wir einen Schritt weitergehen, über die Verfassung von Konferenzdokumenten zum Thema Koexistenz hinaus. Wir müssen kritisch hinterfragen und offen darüber reden, wie die Beziehungen zwischen christlicher und muslimischer Bevölkerung aussehen und diese harten Fakten und entsetzlichen Tatsachen auf den Tisch legen. Dazu brauchen wir die Solidarität der weltweiten Christenheit.

Auf welche Weise kann die internationale Politik hilfreich tätig werden?

Als nigerianische Christen und Christinnen sind wir uns der vielen Stimmen überall bewusst, die die von Boko Haram verübten Gräueltaten thematisieren. Wir kennen aber auch die Geschichte vergangener Bürgerkriege in diesem Land: Politiker, die von der Wählerschaft zurückgewiesen wurden, verlegten sich darauf, das Land durch bewaffnete Aufstände unregierbar zu machen. Als Christinnen und Christen treten wir für den Frieden ein, aber wir können auch nicht einfach tatenlos zusehen, wie die Unseren sinnlos hingemetzelt werden. Wir sind Bürger und Bürgerinnen dieses Landes und wir können nicht weiter Hals über Kopf vor Boko Haram davonlaufen. Wir haben das Recht, uns zu verteidigen, und wenn es zum Schlimmsten kommt, dann kann die Alternative zum Frieden nur katastrophal ausfallen in einem Land mit einer Bevölkerung von über 170 Millionen Menschen.

Trotz ihrer Schwächen versucht die nigerianische Regierung ihr Möglichstes, der Gewalt ein Ende zu setzen, aber sie braucht die Ermutigung und echte Unterstützung der Völkergemeinschaft. Weil wir Frieden ersehnen, besonders im Vorfeld der landesweiten Wahlen im Februar, mahnen wir die Völkergemeinschaft erneut zur Unterstützung.

Insbesondere bitten wir den LWB und die gesamte lutherischen Kirchengemeinschaft, weiterhin für uns zu beten.

Erzbischof Dr. Nemuel A. Babba steht der LCKN vor, der über 2,2 Millionen Menschen in neun vorwiegend nordnigerianischen Diözesen angehören. Sie ist eine von zwei LWB-Mitgliedskirchen in Nigeria und trat der lutherischen Kirchengemeinschaft 1961 bei.

**LWI-Nachrichten finden Sie online unter:
www.lutheranworld.org/news/**

Braunschweiger Altbischof Weber verstorben „Eine der prägendsten Gestalten der Ökumene“

Die Evangelisch-lutherische Landeskirche in Braunschweig trauert um ihren Altbischof Prof. Dr. Friedrich Weber. Der 65-Jährige verstarb in der Nacht zum 20. Januar in einer Klinik in Frankfurt am Main. Friedrich Weber war von 2002 bis 2014 Bischof der Landeskirche Braunschweig.

Landesbischof Dr. Christoph Meyns zeigte sich tief betroffen über den Tod seines Amtsvorgängers: „Ich habe Friedrich Weber sehr geschätzt. In meinen Gedanken und im Gebet bin ich bei seiner Ehefrau und seiner Familie. Er hat die Landeskirche erfolgreich durch schwierige Zeiten geführt.“ Weber war im Herbst 2014 an Lymphdrüsenkrebs erkrankt. Am 26. April 2014 war er als Bischof der Landeskirche in den Ruhestand verabschiedet worden.

Weber hatte besonders in der Ökumene wichtige Rollen eingenommen. Von 2005 bis 2014 wirkte er als Catholica-Beauftragter der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) und suchte die ökumenische Verständigung mit dem Vatikan. Der Leitende Bischof der VELKD, Landesbischof Ulrich, würdigte Weber als eine der prägendsten Gestalten der Ökumene und eine anerkannte Instanz für den ökumenischen Dialog: „Friedrich Weber war ein hoch geschätztes Mitglied der Bischofskonferenz der VELKD, der mit theologischer Klarheit und menschlicher Wärme die Menschen gewann.“

Neben seinem Bischofsamt war Weber von 2006 bis 2011 Ratsvorsitzender der Konföderation evangelischer



Bild: LKBS/S, Hübner

Kirchen in Niedersachsen und von 2007 bis 2013 Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK).

Über den Eintritt in den Ruhestand hinaus blieb Weber geschäftsführender Präsident der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) mit Sitz in Wien. In diesem Amt vertrat er rund 50 Millionen Protestanten in mehr als hundert lutherischen, methodistischen, reformierten und unierten Kirchen aus über dreißig Ländern Europas und Südamerikas. GEKE-Co-Präsidentin Dr. Klára Tarr Cselovszky: „Die Lücke, die er hinterlässt, schmerzt uns persönlich und als Kirchengemeinschaft in Europa.“ Weber leitete zuletzt auch die GEKE-Delegation in der Konsultationsreihe mit dem päpstlichen Einheitsrat.

Weber wurde am 26. Januar im ostfriesischen Greetsiel beerdigt. In

einem Trauergottesdienst im Braunschweiger Dom nahm die Landeskirche am 29. Januar Abschied von ihrem Altbischof. In seiner Predigt würdigte Landesbischof Dr. Christoph Meyns Weber. Er habe Menschen berührt in seinem Amt „als Geistlicher, als Prediger, als wissenschaftlicher Theologe und Sozialethiker“.

Im Braunschweiger Land wirkte er neben seinem Bischofsamt unter anderem als Honorarprofessor für Kirchengeschichte an der Technischen Universität Braunschweig, als stellvertretender Vorsitzender der Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz sowie als Mitglied im Kuratorium der Herzog August Bibliothek (HAB) in Wolfenbüttel.

LKBS/GEKE/FH

Ein ausführliches Porträt über Webers der Braunschweiger Landeskirche finden Sie unter www.dnk-lwb.de/lwi11

Der Kelch als Symbol ökumenischer Versöhnung

Prag feiert 600 Jahre Abendmahl unter beiderlei Gestalt

Im Oktober 2014 war es genau 600 Jahre her, dass in einigen Prager Kirchen, die unter dem Einfluss der von Johannes Hus angeführten Reformbewegung standen, die Abendmahls-austeilung unter beiderlei Gestalt wieder eingeführt wurde. Dazu kam es im Herbst des Jahres 1414. Johannes Hus wurde da bereits in Konstanz gefangen gehalten. Jakobellus von Mies (Jakoubek ze Strýbra) und seine Mitarbeiter erneuerten in Prag die Abendmahlsausteilung unter beiderlei Gestalt – mit Brot und Wein für alle Teilnehmer – nach fast 200 Jahren.

Am Sonntag, dem 12. Oktober, wurde das Jubiläum in ganz Prag gefeiert. Der Gottesdienst in der Bethlehemskapelle wurde nach der Liturgie gefeiert, die in der Evangelischen Kirche der Böhmisches Brüder üblich ist, das Abendmahl im Geiste der Aufforderung „Trinkt alle daraus“ nach dem Brauch der Tschechoslowakischen Hussitischen Kirche. Die Predigt des Seniors Roman Mazur brachte der Festgemeinde den Kelch und den Empfang des Kelchs in vier Bildern nahe: als Einladung an alle bei Jesu letztem Abendmahl mit den Jüngern,

trums, die Evangelisch-theologische Fakultät und die Straße Ovocný trh, wo weitere Teile des reichen Programms folgten: Konzerte, Debatten, Vorträge, kreative Workshops für Kinder, das Theater Vít Marčík und gegen Abend ein Auftritt der Gruppe Spirituál kvintet. Der Ovocný trh (Obstmarkt) wurde von Ständen mit Angeboten christlicher Literatur sowie Erzeugnissen diakonischer Einrichtungen gesäumt und es gab auch einen Benefizverkauf südmährischen Weins. Diejenigen, die zufällig vorbeikamen, konnten sich Informationsmaterial über unsere Kirche mitnehmen. Viele blieben mit der Frage stehen: Was wird hier gefeiert? Und wer seid ihr eigentlich?

In der würdigen Atmosphäre der historischen Kirche Martin in der Mauer fand eine Konzertveranstaltung unter der Leitung von Ladislav Moravetz statt und es war eine Festrede zum Thema Abendmahl unter beiderlei Gestalt aus dem Munde des Synodalseniors Joel Ruml zu hören. Alles wurde live im Tschechischen Rundfunk übertragen.

Den Schlusspunkt der Feierlichkeiten bildete ein Wortgottesdienst für Jugendliche und ausländische Gäste, bei dem der Präses der Rheinischen Evangelischen Kirche Manfred Rekowski unter Beteiligung von ökumenischen Gästen sowie von Konzelebrierenden aus der römisch-katholischen Kirche und von Brüdern aus Taizé predigte. Der Schlussegens war getragen vom Geist der Versöhnung und der Hoffnung, dass wir einmal vereint um Brot und Kelch stehen werden.

EKBB/D. Ženatá



Bild: EKBB/D. Ženatá

Bischof Jan Waclawek von der Evangelischen Kirche A.B. in Schlesien teilt das Abendmahl aus

Zur damaligen Zeit gab es keine wichtigere Reformströmung in der Kirche, die in solch ausdrucksstarker Weise auf die damaligen Fehler und Widersprüche in Lehre und Praxis reagiert hätte. Die Forderung, bei der christlichen Eucharistie auch den Laien zusammen mit dem Brot den Kelch zu gewähren, wurde zu einem grundlegenden Symbol und Motor des Hussitentums, in dem alle wichtigen Motive der Reformbewegung zusammenkamen.

in der Gabe von Brot und Wein in der Urkirche, im Ringen um den Kelch in der Reformationszeit und am Ende als Bekenntnis der Unfähigkeit der Christen, sich heute um den Kelch zu versammeln. Doch trotz der bis heute uneinigen Haltung der Kirchen zum Empfang von Brot und Wein blicken wir mit Hoffnung in die Zukunft.

Nach dem Mittag verteilten sich die Teilnehmer der Feierlichkeiten auf mehrere Kirchen des Prager Stadtzen-

Die Bibel selber lesen können

Rolle der Bibel in der Entwicklung der estnischen Sprache



Bild: pixelio/K. Dittmann

Gekürztes Interview mit Kristiina Ross, Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut der Estnischen Sprache. Zuerst erschienen in Eesti Kirik.

Wie fand die erste Bibelübersetzung ins Estnische statt?

Die mündliche Tradition lässt sich schwer datieren, aber die Christianisierung der Sprache begann wohl da, wo man mit dem Christentum in Kontakt kam. In dieser mündlichen Vorphase wurde wohl der zentrale Kernwortschatz geschaffen mit den allerwichtigsten Begriffen und estnischen Bedeutungen. Es wurden auch längere Formeln fixiert, wie das Vater-unser-Gebet, und einzelne Phrasen der Zehn Gebote.

Nach der Reformation wurde dann schon schriftlich übersetzt. Es gibt auch einzelne frühere Aufzeichnungen, aber die Reformation ist eine scharfe Grenze zwischen mündlicher und schriftlicher estnischer geistlicher Sprache. Das hohe Ziel der lutherischen Geistlichen war von Anfang an die Bibelübersetzung. Aber es hat so lange gedauert, weil es aus historischen Gründen lange keine gebildete, estnischsprachige Elite gab. Es gab keinen Pfarrer, der Estnisch als Muttersprache sprach.

Zuerst wurden kürzere Texte, wie der Katechismus oder Choräle übersetzt, dann aber auch die Perikopentexte der Bibel. Diese frühere Periode der schriftlichen Übersetzung hat ca. 100 Jahre gedauert. Sie begann direkt nach der Reformation. Die allerwichtigsten Texte waren bis 1630 übersetzt.

Es sollte noch einmal rund 100 Jahre dauern, bis eine Gesamtübersetzung gedruckt vorlag. Warum wurde die Bibel ins Estnische übersetzt und warum dauerte es so lange?

Eine der Prinzipien der lutherischen Theologie ist, dass ein Christ selber die Bibel lesen soll, um nur aus der Bibel Wahrheit zu finden. Dazu müssen alle lesen können und eine muttersprachliche Bibel haben. Das hieß, dass alle deutschsprachigen baltendeutschen Pfarrer die örtliche Sprache lernen mussten, um die Bibel in die Sprache übersetzen zu können. Da es noch keine estnische schriftliche Kultur gab, musste zuerst die Schriftsprache geschaffen werden. Somit ist die estnische Schriftsprache als eine Nebenerscheinung der Bibelübersetzung entstanden.

Hat solche eine Übersetzung durch Nicht-Esten auch die estnische Sprache verändert?

Sicherlich. Die Übersetzung ent-

stand im Laufe von 200 Jahren. Dabei spielten das persönliche Verständnis der Beteiligten und ihre sprachliche Begabung eine Rolle. Insgesamt kann man sagen, dass es einen Einfluss hatte, dass die estnische Schriftsprache von fremdsprachigen Menschen ausgebildet wurde, die die Sprache erst im Erwachsenenalter gelernt haben. Die Einflüsse sind auch in der jetzigen Sprache bemerkbar, obwohl seit dem 19. Jahrhundert auch von Esten an der Weiterentwicklung intensiv gearbeitet wurde. Schon im 17. Jahrhundert haben junge Initiatoren einer Sprachreform, Adrian Virginius und Johann Hornung, gefordert, dass sich die schriftliche Sprache der mündlichen angleichen soll. Sie sind in Estland geboren und aufgewachsen und haben schon als Kinder die Sprache gelernt und konnten sie besser als die Vorgänger in der Reformationszeit. Aber die alte deutschartige Grundstruktur in Wortschatz und Satzbau ist dennoch bis heute merkbar.

Hat man sich neben dem Originaltext auch an früheren Übersetzungen orientiert?

Es gab eine Diskussion, ob nach den Originaltexten oder nach der Lutherübersetzung ins Estnische übersetzt werden soll. Die Perikopen wurden bis zum 17. Jahrhundert nach Luther übersetzt. Die schwedische Kirche hat die Übersetzung nach Luther bevorzugt [Estland gehörte damals zu Schweden]. Deshalb haben Übersetzer auch die Lutherübersetzung benutzt.

Dagegen haben Johann Gutsclaff sowie Andreas und Adrian Virginius auch Originaltext benutzt. Direkt aus dem Hebräischen wurde 1739 das Alte Testament übersetzt. Damals galt die andere Extreme: Deutsche Einflüsse wurden krampfhaft vermieden. Der Text sollte genau dem Original entsprechen.

EK

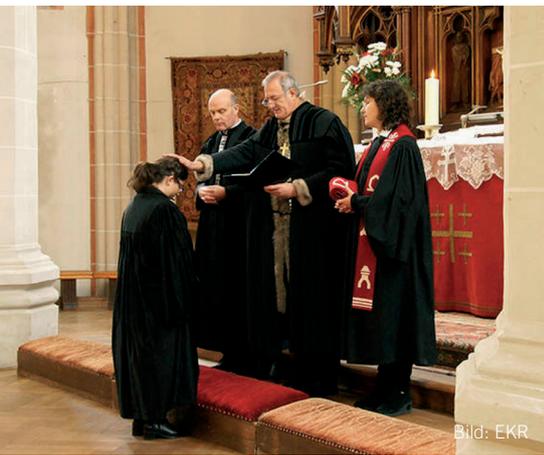


Bild: EKR

Ordination in Kronstadt: Pfrin. Adriana Florea, Stpfr. Christian Plajer, Bischof Reinhart Guib und Pfrin. Hildegard Servatius Depner (v.l.n.r.).

Rumänien: Pfarrerin in Kronstadt ordiniert

Adriana Florea, bis 2014 Vikarin in der Kirchengemeinde von Heltau sowie Vertreterin der Evangelischen Kirche A. B. in Rumänien (EKR) bei der Konferenz Europäischer Kirchen, wurde am Ersten Adventssonntag in Kronstadt ordiniert. Die neue Pfarrerin wurde im Jahr 1988 in Mediasch geboren und ist Absolventin der Evangelisch-Theologischen Fakultät in Hermannstadt.

Der Ordinationsgottesdienst wurde von Bischof Reinhart Guib und dem Kronstädter Stadtpfarrer Christian

Plajer gehalten. Unter den Gästen befanden sich unter anderem Bischofsvikar Bezirksdechant Dr. Daniel Zikeli, Stadtpfarrer von Bukarest.

Adriana Florea ist die dritte in der Schwarzen Kirche ordinierte Pfarrerin. Vor genau zwanzig Jahren wurde in der Kirchenordnung der EKR die Frauenordination eingeführt und vor 15 Jahren die erste Frau ordiniert. Adriana Florea wird nun neben Stadtpfarrer Christian Plajer und Pfarrer Peter Demuth die dritte Pfarrerin in der Stadt unter der Zinne sein.

EKR

Lettland: Jubiläum der Diakonie gefeiert

Am dritten Adventssonntag versammelten sich 250 diakonische Mitarbeiter der Diakonie der Evangelisch-Lutherischen Kirche Lettlands (ELKL) in der Kirche in Riga, um das 20-jährige Jubiläum der Diakonie zu begehen. Das Fest begann mit einem Gottesdienst mit Erzbischof Vanags und Oberpfarrer Paičs. Er wurde musikalisch durch den Kirchenchor der Johanniskirche und den Organisten Ilze und Aigars Reinis gestaltet. Die Teilnehmenden dankten Gott und freuten sich über das bisher Geleistete, Erfahrene und Empfangene.

Die Leiterin des Diakoniezentrum, Inta Putniņa, blickte auf die letzten 20 Jahre der diakonischen Arbeit in Lettland zurück. Aber nicht nur auf diese Jahre: „Obwohl wir in diesem Jahr des 20-jährigen Bestehens der Diakonie gedenken, hat es sie in manchen Gemeinden auch während der Zeit der sowjetischen Besatzung gegeben. Nur ihr wisst es, was in den Gemeinden in aller Stille getan worden ist, ohne dass man darüber geredet hatte, wenn ihr Gemeindeglieder besucht und sie gepflegt.“

SR



LUTHERISCHER
WELTBUND

Eine Kirchengemeinschaft

Impressum

Herausgegeben vom
Deutschen Nationalkomitee des
Lutherischen Weltbundes (DNK/LWB)
im Auftrag des LWB

verantwortlicher Redakteur:

Florian Hübner (FH) · DNK/LWB
huebner@dnk-lwb.de
Tel.: +49 (0) 511/2796-437
Fax: +49 (0) 511/2796-182
www.dnk-lwb.de/lwi

Grafik & Layout:

Noémia Hopfenbach
www.hopfenbach.com

Druck:

Druckhaus Harms · Groß Oesingen

Außerhalb Lettlands: Erzbischöfin wird im April eingeführt

Die Einführung der gewählten Erzbischöfin der Lettischen Evangelisch-Lutherischen Kirche im Ausland, Lauma Zušēvica, ist terminiert. Sie soll am 19. April 2015 um 14 Uhr in der lettischen evangelisch-lutherischen Mount Zion Church in Milwaukee in den USA stattfinden. Das Wahlverfahren war im letzten Oktober beendet worden. Die damalige Pröpstin Lauma Zušēvica erhielt 140 von 205 abgegebenen Stimmen. Der Oberkirchenrat bestätigte dieses Wahlergebnis

Außerdem wurde beschlossen, dass Zušēvica wie ihre Vorgänger die Amtsbezeichnung „Erzbischöfin“ tragen wird. Die Amtsbezeichnung Bischof sei der Name für das kirchenleitende Amt, doch der Titel „Erzbischöfin“ der Name für ein ganz besonderes Amt der Kirchenleitung, den der Oberkirchenrat verleiht. Der bisherige Erzbischof Elmars E. Rozitis hatte nicht mehr kandidiert. Seine Vollmachten enden im Augenblick der Einführung der neuen Erzbischöfin in ihr Amt

SR

„Jeder Gottesdienst ist eine Chance“

Erzbischof Christian Ekong über die Rolle der Kirche bei der Demokratisierung Nigerias

Uyo (Nigeria)/Genf (LWI) – Anlässlich seines Besuchs beim Lutherischen Weltbund (LWB) sprach der Erzbischof der Lutherischen Kirche Nigerias (LKN), Christian Ekong, Anfang des Jahres mit der *Lutherischen Welt-Information (LWI)* über die Rolle der Kirche im Vorfeld der Wahlen in Nigeria am 14. Februar 2015.

Welche Fragen beschäftigen Sie angesichts der in Nigeria im Februar anstehenden Wahlen?

Es werden die fünften allgemeinen demokratischen Wahlen seit 1999 sein. Als es das erste Mal freie Wahlen gab, waren gerade lange Jahre der Militärherrschaft zu Ende gegangen. In den darauf folgenden Wahlperioden hat es gewaltige Verbesserungen gegeben, was die staatsbürgerliche Bildung, die Ausübung des Wahlrechts und die praktische Stimmabgabe angeht. Die letzten Wahlen im Jahr 2011 wurden allgemein als frei, fair und glaubwürdig gelobt. Leider gab es trotzdem in manchen Teilen des Landes Gewaltausbrüche, bei denen auch Menschen umkamen.

Es ist offensichtlich, dass diesmal starke Kandidaten gegen die Regierungspartei und den Präsidenten antreten. Für unseren erstarkenden demokratischen Prozess ist das gut. Es stimmt, dass es im Land verschiedene aufständische und kriminelle Gruppen gibt, und dass deren Aktivitäten besonders im Norden zugenommen haben. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass in anderen wichtigen Entwicklungsbereichen bedeutende Erfolge erzielt worden sind. Anfang 2014 hatten mehr als 60 Prozent unserer Bevölkerung von über 170 Millionen Menschen Zugang zu sauberem Trinkwasser, 2011 waren es noch 57 Prozent. Der Prozentsatz der Menschen, die Zugang zum In-



Erzbischof Christian Ekong. Foto: LWB/S. Gallay

ternet haben, hat sich von 30 auf ca. 55 Prozent erhöht, und nimmt weiter zu. Die hygienische Situation hat sich ebenfalls verbessert.

Die Sicherheit im Land ist sehr wichtig, aber wir wissen auch, dass die Opposition dieses Thema immer wieder genutzt hat, um die Regierungsgeschäfte zu stören. Nach den kommenden Wahlen erwarten wir einen Rückgang, wenn nicht gar das Ende der Aufstände.

Welche Rolle spielen Ihre Kirche sowie andere Kirchen und Religionen dabei, die Beteiligung der Bevölkerung am Wahlprozess zu fördern?

Trotz aller Dialoge mit dem Ziel des friedlichen Zusammenlebens zwischen den Angehörigen des Islam und des Christentums sowie der politischen Klasse und der normalen Bevölkerung entsteht manchmal der Eindruck, dass wir nicht vorwärts kommen. Das heisst aber nicht, dass es keine Fortschritte gibt.

Im Dezember 2014 haben die im Christenrat von Nigeria vertretenen traditionellen Kirchen, unter ihnen auch die lutherischen Kirchen, einen

gemeinsamen Workshop zur staatsbürgerlichen Bildung veranstaltet, der die Beobachtung der kommenden Wahlen zum Thema hatte. Wir konnten ein Bewusstsein für die Beteiligung aller Wahlberechtigten schaffen einschliesslich der Christen am Wahlprozess schaffen. Damit haben wir ein wichtiges Ziel erreicht. Wir haben eine Struktur geschaffen und tausende Kirchenleitende, Männer, Frauen, junge Menschen, Theologinnen und Theologen mobilisiert, die diese Struktur nun in Kirchengemeinden und Ortsgemeinschaften nutzen. In der Bevölkerung wächst das Bewusstsein dafür, dass die Wahlen gewaltfrei ablaufen müssen und dass Wählerstimmen niemals gekauft werden dürfen, sondern dass es das Recht und die Macht der Wählerschaft ist, über die nächste Regierung zu bestimmen. Diese Botschaften werden sehr positiv aufgenommen.

Als Kirche beten wir fortwährend für einen friedlichen Verlauf der Wahlen. Wir schaffen ausserdem Möglichkeiten für Treffen mit den politisch Verantwortlichen und erinnern sie an ihre Pflicht als gewählte Volksvertre-

ter und -vertreterinnen, transparent und verantwortlich vor dem Volk zu handeln.

Als gläubiger Mensch erwarte ich eine bessere Zukunft für Nigeria, da wir uns gemeinsam dafür einsetzen, die demokratischen Grundlagen unseres Landes zu stärken.

Welchen Beitrag leistet die lutherische Kirche dabei, eine Kultur werteorientierten Führungshandelns sowie gute Verwaltung und Regierungsführung in Kirche und Gesellschaft zu fördern?

Gute Regierungsführung und Verwaltung sind eine Frage der Einstellung. Wenn diese Einstellung fehlt, werden die moralischen Werte missachtet und es ist keine gute Führungsarbeit möglich. Wir versuchen Mitgliedern, besonders denen in Leitungsfunktionen deutlich zu machen, dass man als Nigerianer oder Nigerianerin, egal wohin man kommt unter dem Generalverdacht der Korruption steht. Dieses Vorurteil, das ja auf viele Menschen in unserem Land nicht zutrifft, wollen wir überwinden. Deshalb erinnern wir die Menschen, die bei uns Verantwortung tragen daran, dass es bei der Übernahme eines Amtes nicht darum geht, für sich selbst Wohlstand anzuhäufen. Eine Führungsaufgabe bedeutet, dem Staat und seiner Bevölkerung zu dienen.

In Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen führen wir Workshops für Führungspersonen durch, in denen die Werte Ehrlichkeit, Verantwortung, Transparenz, menschliche Gerechtigkeit, friedliche Ko-

existenz und Zufriedenheit diskutiert werden. Wir wollen denjenigen, die Verantwortung tragen, vermitteln, dass das, was wir verloren haben, nur mit Hilfe der richtigen Werte wiedergewonnen werden kann. Das ist besonders wichtig angesichts der Tatsache, dass wir gewaltige Ölvorkommen und natürliche Ressourcen haben, die aber nicht genutzt werden für eine gerechtere Verteilung des Volksvermögens.

Wie kann die lutherische Kirche den gesellschaftlichen Zusammenhalt in einem multireligiösen Vielvölkerstaat wie Nigeria fördern?

Die LKN engagiert sich sehr stark in der Jugendarbeit. Die Förderung junger Menschen ist für die Zukunft der Kirche sehr wichtig. Nach wie vor ist Armut eine grosse Herausforderung für Nigeria, deswegen ist es von entscheidender Bedeutung, Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für die junge Generation zu schaffen. Ausserdem fördern wir Frauen im Rahmen verschiedener Investitionsmassnahmen und Einkommen schaffender Initiativen. Bildung ist eines unserer wichtigsten Entwicklungsinstrumente und ich freue mich, dass uns die wachsende Anzahl der von der LKN bereitgestellten Bildungsangebote auf der Primar- und Sekundarschulebene sowie in der Ausbildung von Geistlichen uns inzwischen dahin geführt hat, dass wir die Gründung einer lutherischen Universität planen können. Wir sehen all dies als unseren Beitrag dazu, in Nigeria wieder stabile Verhältnisse zu schaffen.

Gemeinsam mit unseren internationalen und einheimischen Partnerinnen und Partnern sind wir lutherischen Kirchen in Nigeria zudem in einer Initiative zur Ausrottung von Malaria engagiert. Diese mörderische Krankheit fordert nach Angaben des Gesundheitsministeriums jährlich mehr als 200.000 Menschenleben fordert. Wir sind Träger kostenfreier medizinischer Behandlungszentren, leisten Aufklärung über Malaria, verteilen Moskitonetze und betreiben darüber hinaus auch Bewusstseinsbildung im Blick auf HIV und AIDS.

Die LKN war die erste Organisation aus dem religiösen Bereich, die in Nigeria das Schweigen über den Klimawandel gebrochen hat. Wir entwickeln unser Engagement in diesem Bereich weiter und binden immer mehr Partner ein.

Jeder öffentliche lutherische Gottesdienst gilt uns als Chance, für Nigeria, den Glauben im Land, die politisch Verantwortlichen und den Weltfrieden zu beten. Ein Land, in dem Gewalt, Rebellion und Unsicherheit herrschen, kann nicht gedeihen.

Im Vorfeld der Wahlen zählen wir auf die Fürbitte der weltweiten lutherischen Kirchengemeinschaft.

Die LKN gehört seit 1973 dem LWB an. Sie hat etwa 150.000 Mitglieder in 14 mehrheitlich im Süden des Landes gelegenen Diözesen. Erzbischof Christian Ekong ist Präsident der Lutherischen Gemeinschaft in Zentral- und Westafrika (LUCCWA - Lutheran Communion in Central and Western Africa), einer regionalen Struktur des LWB.

Aus dem Glauben engagiert für Gerechtigkeit

Bischof Kameeta wird Berater des namibischen Präsidenten

Windhuk (Namibia)/Genf (LWI) – Der emeritierte Bischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in der Republik Namibia (ELKRN), Dr. Zephania Kameeta, ist in das Beratungsgremium des designierten namibischen Präsidenten Hage Geingob berufen worden.

Die Ernennung Kameetas, derzeit Mitglied des Rates des Lutherischen Weltbundes (LWB), erfolgte am 2. Februar auf der Grundlage des langjährigen Engagements seiner Kirche im Kampf gegen Armut im Land. Die ELKRN war Mitinitiatorin des Bündnisses,

das sich für den so genannten „Basic Income Grant“ (BIG) engagiert, als eine von der namibischen Regierung eingesetzte Kommission 2002 die Einführung eines allgemeinen Grundeinkommens forderte. Heute gehören dem Bündnis unterschiedliche zivilge-



Bischof i. R. Dr. Zephania Kameeta. Foto: LWB/C. Kästner

sellschaftliche Organisationen an, die sich für die Einführung einer staatlichen Sozialversicherung stark machen.

Das Bündnis leistete Pionierarbeit für die BIG-Initiative und führte ab 2006 ein zweijähriges Pilotprojekt durch. Die teilnehmenden Familien erhielten ein monatliches Pro-Kopf-Einkommen von 100 namibischen Dollar, mit dem Ziel, Armut und Ungleichheit zu mindern und die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern. Von dem Projekt profitierten 900 Menschen in der ca. 100 Kilometer ausserhalb der namibischen Hauptstadt Windhuk gelegenen armen Kommune Otjivero-Omitara.

Grosses Gefälle zwischen Arm und Reich

Aus Projektberichten geht hervor, dass durch die Initiative die Mangelernährungsrate von 42 auf 10 Prozent gesunken ist, sich die Anwesenheit in der Schule verbessert hat und die Kinder mit qualitativ hochwertigeren Schuluniformen ausgestattet wurden. Nun wird darauf hin gearbeitet, dass die namibische Regierung ein vergleichbares Programm auf nationaler Ebene einrichtet.

KritikerInnen des BIG-Programms führen an, dass einiger EmpfängerInnen das Geld für Alkohol ausgegeben hätten.

„Ich weiss, dass es Menschen gibt, die die Vergangenheit nicht loslassen wollen und mit allen Mitteln ihr Eigeninteresse zu rechtfertigen suchen“, hält Kameeta dagegen. „Weder sind die Menschen neu, noch ist es ihre Rhetorik.“

Namibia ist ein rohstoffreiches Land mit einer Bevölkerung von 2,1 Millionen Menschen, das gekennzeichnet ist von einem starken ökonomischen Gefälle. Nach Schätzungen leben 75 Prozent der Bevölkerung unter der Armutsgrenze, zwei Drittel bestreiten ihren Lebensunterhalt mit kleinbäuerlicher Subsistenzwirtschaft.

Verantwortung der Kirchen

Im Gespräch mit der *Lutherischen Welt-Information* (LWI) äusserte sich Kameeta jüngst über die allgegenwärtige Armut: „Ich weiss nicht, wovon die Menschen leben. Die Gesichter sind gezeichnet von Hoffnungslosigkeit. Die Menschen haben buchstäblich nichts.“

Die namibischen Kirchen stünden in der Pflicht, den Armen zu helfen, seien aber selbst arm, so Kameeta: „Sie sind abhängig von den Armen, um das zu tun, was sie tun sollten“ – also, zur Armutsüberwindung in der Gesellschaft beizutragen.

Die ELKRN ist gemeinsam mit den beiden anderen lutherischen Kirchen

im Land Gastgeberin der Zwölften LWB-Vollversammlung, die im Jahr des Reformationsjubiläums 2017 in Windhuk stattfindet. Die langjährige Zusammenarbeit des LWB mit den namibischen Kirchen reicht zurück bis zum Unabhängigkeitskampf des Landes. In späteren Jahren kooperierten die Kirchen und der LWB über die Abteilung für Mission und Entwicklung. Während der Dürre, die Namibia in den Jahren 2012/13 heimsuchte, unterstützte die Abteilung für Weltdienst die lutherischen Kirchen mit einem „Cash Transfer-Programm“, von dem 4 500 schwer von der Krise betroffene Menschen profitierten.

Ein neuer Ruf

Der Generalsekretär des LWB, Pfr. Martin Junge, beglückwünschte das Kameeta zu seiner Ernennung zum Präsidentenberater: „Kameetas Präsenz in der Öffentlichkeit, sein Ruf nach Gerechtigkeit und sein Bemühen, uns die Würde aller Menschen vor Augen zu halten, haben eine lange Geschichte und haben ihm Hochachtung eingebracht. Dieses Engagement war von jeher durch tiefe Glaubensüberzeugungen getragen.“

Kameeta folge „auf der Grundlage derselben Überzeugungen nun einem neuen Ruf zum Dienst an der namibischen Bevölkerung“, so Junge weiter. „Damit verkörpert er auf wunderbare Weise, was Berufung in unserer eigenen theologischen Tradition bedeutet. Der LWB gratuliert Bischof Kameeta von ganzem Herzen und bittet Gott, er möge ihm in der Vorbereitung auf seinen neuen Verantwortungsbereich Kraft und Weisheit schenken.“

Kameeta wurde am 7. August 1945 in Otjimbingwe geboren und besuchte die Schule der Rheinischen Mission in Karibib. 1972, wurde er im Jahr 2000 zum Moderator der Vereinten Evangelischen Mission (Wuppertal, Deutschland) gewählt und 2002 zum Bischof der ELKRN geweiht. Von 2003 bis 2010 war Kameeta LWB-Vizepräsident für die Region Afrika.

Im namibischen Unabhängigkeitskampf hatte Kameeta vom südafrikanischen Staat Festnahme und Haft zu erdulden. Nach der Unabhängigkeit

1990 wirkte er als Mitglied der Verfassungsgebenden Versammlung, als Parlamentsmitglied (erste und zweite Wahlperiode) sowie als Vizepräsident

der Nationalversammlung. Er ist Vorsitzender der namibischen Kommission für soziale Absicherung.

„Wir sind berufen, prophetische Kirche zu sein“

LWB-Präsident nimmt auf Baltikum-Reise an Amtseinführung des estnischen Erzbischofs teil

Tallinn (Estland)/Genf (LWI) – Zum Abschluss seines ersten offiziellen Besuchs bei den baltischen Kirchen hat der Präsident des Lutherischen Weltbundes (LWB), Bischof Dr. Munib A. Younan, die Interdependenz aller Kirchen betont, die zur weltweiten LWB-Gemeinschaft gehören.

Die Amtseinführung von Erzbischof Urmas Viilma von der Estnischen Evangelisch-Lutherischen Kirche (EELK), der die Nachfolge des emeritierten Erzbischofs Andres Pöder antrat, war ein Höhepunkt der Reise durch Litauen, Lettland und Estland vom 26. Januar bis zum 4. Februar.

Der LWB-Präsident betonte gegenüber dem neuen EELK-Erzbischof, sein Amtsantritt sei ein Anlass für LutheranerInnen weltweit, sich die Bedeutung der Gemeinschaft vor Augen zu führen: „Als Kirchengemeinschaft kennzeichnet uns Interdependenz.“

Wie Gesellschaften in aller Welt sei auch die estnische Gesellschaft einem raschen Wandel unterworfen. Es sei äusserst wichtig, dass die Kirchen dabei Orientierung geben. Dabei gehe es nicht nur um ihr Eigeninteresse, sondern um die Gesellschaft insgesamt, so Younan.

„Wir geniessen die Interdependenz unserer weltweiten Kirchengemeinschaft und ein weitreichendes Netz ökumenischer und sogar interreligiöser Beziehungen“, sagte Younan. „Sie können Quelle grosser Ermutigung und Kraft sein.“

An der Amtseinführung nahmen auch LWB-Vizepräsident Bischof Dr. Tamás Fabiny (Ungarn) sowie LWB-Vizepräsidentin Helga Haugland



LWB-Präsident Bischof Dr. Munib A. Younan und andere Kirchenleitende führen im Mariendom zu Tallinn den estnischen lutherischen Erzbischof Urmas Viilma (kniend) in sein Amt ein. Foto: Erik Peinar

Byfluglien, die Leitende Bischöfin der Norwegischen Kirche, teil.

Der LWB-Präsident traf im Rahmen seines Besuchs mit VerantwortungsträgerInnen aus Kirche und Politik zusammen, predigte und diskutierte mit Mitarbeitenden lutherischer diakonischer Einrichtungen.

Litauen: Eine prophetische Kirche

Gemeinsam mit Bischof Mindaugas Sabutis, dem Oberhaupt der Evangelisch-Lutherischen Kirche Litauens, besuchte Younan diakonische Projekte, darunter ein Waisenhaus in Sakiai und Jurbarka im Westen des Landes. „Es ist wichtig, dass die Kirche an der Basis im Leben der Menschen präsent ist und sich ihrer konkreten Bedürfnisse annimmt. Wir sind berufen, prophetische Kirche zu sein – eine Kirche, die die Realität wahrnimmt und handelt“,

betonte er im Gespräch mit Mitarbeitenden, die sich für das Gemeinwesen engagieren, das unter hoher Arbeitslosigkeit leidet.

Im Gespräch mit der litauischen Präsidentin Dalia Grybauskaitė diskutierte Younan über Friedensarbeit und humanitäre Hilfe weltweit, die Rolle von VerantwortungsträgerInnen der Religionen bei der Friedenssicherung und um die Ökumene in Litauen.

In seiner Ansprache anlässlich eines Gottesdienstes in der lutherischen Kirche von Vilnius betonte Younan, in Zeiten von Unterdrückung und Menschenrechtsverletzungen seien Zuversicht und Glauben gefragt.

„Sie haben in Litauen ein halbes Jahrhundert Unterdrückung erlebt. Kirchen wurden zerstört oder umgewidmet. Aber Sie haben den Glauben an Gott, den Retter, bewahrt. Sie haben dafür gesorgt, dass Litauen auf dem Pilgerweg mit dem Herrn bleibt“,

so der LWB-Präsident unter Bezugnahme auf die Verfolgung der Kirche unter dem früheren kommunistischen Regime in der Region.

Lettland: In der Mission gemeinsam das Kreuz tragen

Bei Treffen mit Erzbischof Janis Vagnas und anderen Verantwortlichen der Evangelisch-Lutherischen Kirche Lettlands (ELKL) in Riga stellte Younan fest, die Diakonie dürfe nicht von der Mission getrennt werden. „Sie ist Teil dessen, was wir ganzheitliche Mission nennen. Praktische Liebe heisst, den Hungernden zu essen zu geben.“

Im Gespräch mit Geistlichen beantwortete Younan die Frage nach der grössten Freude des LWB in den letzten Jahren: „Auf meinen Reisen treffe ich in jeder Kirche auf tiefe Wurzeln der Treue gegenüber der Mission Gottes. Es gibt viele Freuden innerhalb der Kirchengemeinschaft und ich bin stolz, ihr dienen zu dürfen.“

Anlässlich eines Zusammentreffens mit dem Theologinnenverband der ELKL verwies Younan auf das „Grundsatzpapier: Gendergerechtigkeit im LWB“. Das Dokument sei 2013 für die gesamte LWB-Gemeinschaft und ihre Mitgliedskirchen verabschiedet worden. Es lade dazu ein, gemeinsam Fragen wie die Frauenordination zu prüfen.

Der LWB-Präsident beendete seinen Lettland-Besuch mit der Sonntagspredigt in der St. Johanniskirche Riga am 1. Februar. Bei dieser Gelegenheit sprach er von der kontinuierlichen Aufgabe, die konfessionelle Identität der lutherischen Kirchen zu artikulieren. Dies erfordere die Zusammenarbeit innerhalb der LWB-Kirchengemeinschaft. „Wir tragen gemeinsam das Kreuz. Wir stehen gemeinsam in der Mission und der Diakonie. Es mag Differenzen zwischen uns geben, aber gemeinsam sind wir treu um des Evangeliums willen“, betonte Younan.

Südsudan: LWB-Mitarbeiter sicher zurück in Juba

Vier LWB-Mitarbeiter, die während eines Fluges der Vereinten Nationen im südsudanesischen Jiech und Bor festgehalten worden waren, sind wieder auf freiem Fuss und inzwischen sicher in der Landeshauptstadt Juba eingetroffen.

Die LWB-Mitarbeiter, zwei nationale und zwei internationale Angestellte, waren am 3. Februar dienstlich unterwegs von Mabiör (Panyagor) nach Juba. Sie nutzten einen Helikopter des Humanitären Flugdienstes der Vereinten Nationen (UNHAS). Bei einer Zwischenlandung in Jiech wurden drei Reisende, zwei von ihnen LWB-Mitarbeiter, festgehalten, der Hubschrauber setzte die Reise nach Bor fort. In Bor wurden die übrigen Reisenden festgesetzt und die Vereinten Nationen aufgefordert, das Problem der in Jiech zurückgebliebenen Passagiere zu lösen.

Am 5. Februar konnte die UN die Freilassung der in Jiech Festgehaltenen erreichen und sorgte für ihre Weiterreise in die Hauptstadt Juba. Einen Tag später durften auch die in Bor festgehaltenen Mitarbeitenden nach Juba weiterreisen.

„Wir sind dankbar, dass unsere Kollegen in Sicherheit und wieder zurück in Juba sind“, erklärte Emile Mpanya, Leiter des LWB-Weltdienstprogramms im Südsudan. „Dieser Zwischenfall zeigt jedoch, dass der Raum für humanitäres Handeln immer mehr eingeengt wird. Wir bedauern das sehr. Unsere internationalen und einheimischen Mitarbeitenden sind in humanitärer Mission unterwegs und leidenschaftlich für die Menschen im Südsudan engagiert. Es ist besorgniserregend, dass ein humanitärer Flug direkt ins Visier genommen wird, wie wir es in den letzten Tagen erlebt haben. Der LWB ist seit mehr als drei Jahrzehnten im Südsudan präsent und leistet Not- und Entwicklungshilfe. Wir sind entschlossen, den Menschen im Südsudan auch weiterhin zur

Seite zu stehen, aber wir müssen sicherstellen, dass das passieren kann, ohne dass unsere Mitarbeitenden gefährdet werden.“

Der LWB unterstützt Menschen, die aufgrund der andauernden Konflikte im Südsudan auf der Flucht sind. Er leistet zusammen mit örtlichen Behörden, der Bevölkerung und anderen Hilfsorganisationen Nothilfe für von Katastrophen betroffene Menschen. Dazu gehören Bildungsangebote im Primar- und Sekundarschulbereich, Kinderschutzmassnahmen, psychosoziale Betreuung, die Bereitstellung von Wasser, sanitären Anlagen, Hygienematerial sowie weiteren Hilfsgütern und die Unterstützung bei der Wiederherstellung der Existenzgrundlagen.

Der LWB hilft ohne Ansehen der ethnischen Zugehörigkeit, des Geschlechts, der Religion, Hautfarbe oder politischen Überzeugung der bedürftigen Person.



Bei ihrer Rückkehr werden die LWB-Mitarbeitenden am Flughafen Juba von einer Menschenmenge begrüsst. Foto: LWB/E. Mpanya

Irak: LWB konsolidiert Flüchtlingshilfe

Interview mit dem Koordinator der humanitären Hilfe, Roland Schlott

Genf (LWI) – Der LWB konsolidiert seine Nothilfemassnahmen im Irak. Wie er dem Ausschuss des Lutherischen Weltbundes (LWB) für Weltdienst bei dessen Tagung im Januar mitteilte, agiert er jetzt unter eigener Registrierung und stellt damit die Nothilfemassnahmen im Irak auf ein festes Fundament. Der LWB engagiert sich seit August 2014 in der Flüchtlingskrise im irakischen Kurdistan. Gemeinsam mit und durch lokale Partner stellt der LWB für Flüchtlinge aus Mosul, Sindschar und der Ninive-Ebene Unterkünfte und Hilfsgüter bereit und leistet psychosoziale Betreuung. Seit Januar arbeitet der LWB als eigenständig registrierte Organisation im Irak.

In einem Interview mit der Lutherischen Welt-Information (LWI) berichtet Roland Schlott, der Koordinator der humanitären Hilfe des LWB, über die Herausforderungen beim Aufbau der Hilfsstrukturen und bei der Bewältigung einer der grössten Flüchtlingskrisen weltweit.

Weshalb engagiert sich der LWB im Irak?

Der LWB hat den Auftrag, den Ärmsten und Schwächsten zu dienen, wobei wir uns besonders um Flüchtlinge und Binnenvertriebene kümmern. Wir haben uns entschlossen, Hilfe zu leisten, weil die humanitäre Notlage dramatisch ist und es im Nordirak eine sehr grosse Zahl an Binnenvertriebenen gibt.

Im Juli 2014 haben die IS-Milizen Mosul erobert, die zweitgrösste Stadt des Irak, in der etwa 4 Millionen Menschen leben. Die Milizen haben Gräueltaten an ethnischen und religiösen Minderheiten einschliesslich der christlichen Bevölkerung verübt. Im August 2014 wurde die Situation im Irak von den Vereinten Nationen als extrem schwere Krisensituation (Notstand der Stufe 3) eingestuft. Die LWB-Nothilfstrategie sieht vor, dass der LWB in allen Krisensituationen dieser Grössenordnung aktiv



Verteilung von Winterkleidung an Flüchtlinge im Lager Khanki, Dohuk. Foto: Sandra Cox

wird. Zudem hat uns das Christian Aid Program in Iraq (CAPNI) um Hilfe gebeten. Das ist eine einheimische Organisation, die seit vielen Jahren in der Region arbeitet und ausserdem ein langjähriger Partner der Evangelischen Landeskirche in Bayern, einer Mitgliedskirche des LWB ist. Die bayerische Landeskirche hat sich ihrerseits ebenfalls mit der Bitte um Unterstützung an den LWB gewandt.

Wie hat der LWB die Massnahmen organisiert?

Wir haben umgehend einen ehemaligen LWB-Mitarbeiter in den Irak geschickt, der bereits früher dort tätig war. Dann wurden verschiedene Optionen ausgearbeitet. Wir haben drei so genannte Nothilfezentren auf verschiedenen Kontinenten, von denen aus schnell erfahrene Mitarbeitende in Krisengebiete entsandt werden können. Der Koordinator der humanitären Hilfe des LWB hat zunächst zwei Katastrophenhelfer vom LWB-Nothilfezentrum in Kathmandu (Nepal) sowie einen Projektmanager aus dem LWB-Länderprogramm in Jordanien nach Dohuk entsandt. Diese drei Mitarbeiter waren von Mitte August bis Ende Dezember 2014 kontinuierlich im Nordirak vor Ort und haben Hilfe für die 450.000

Flüchtlinge geleistet, die im Gouvernement Dohuk Zuflucht gesucht haben.

Anfangs haben wir als LWB die Organisationen CAPNI und die Jijan Foundation bzw. das Kirkuk Center for Torture Victims unterstützt, die bereits vor Ort etabliert waren. Es wurde allerdings schnell offensichtlich, dass eine umfangreichere Nothilfe-Kapazität erforderlich war, um die unglaubliche Not der Menschen zu lindern. Dazu kamen viele Spenden, die es erforderlich gemacht haben, Strukturen für eine schnelle und effiziente Beschaffung und Verteilung von Hilfsgütern zu schaffen. Daher arbeitet der LWB seit Anfang Januar darauf hin, sich selbst registrieren zu lassen und eigene operationelle Strukturen zu schaffen.

Wie hat der LWB geholfen?

Anfangs haben wir die Binnenvertriebenen vor allem mit Nahrungsmitteln und Hilfsgütern wie Decken, Matratzen, Küchenutensilien und Hygienepaketen unterstützt. Wir haben Winterkleidung an Familien und Rollstühle an behinderte Flüchtlinge verteilt. Ausserdem haben wir Bohrlöcher für die Wasserversorgung gegraben und geholfen, die Unterkünfte bewohnbar zu machen. Viele Binnenvertriebene

leben nicht in Lagern, sondern haben in den Kommunen Zuflucht gefunden. Sie wohnen oft in Rohbauten oder sehr heruntergekommenen Häusern. Wir haben ihnen Plastikplanen, Holzrahmen, Hämmer und Nägel zur Verfügung gestellt, damit sie die Gebäude gegen den kalten Wind isolieren konnten.

Ausserdem haben wir auch öffentliche Schulen saniert, in denen während der Sommerferien Flüchtlinge untergebracht waren. Darüber hinaus sorgen wir gemeinsam mit dem Kirkuk Center for Torture Victims und der Jiyan Foundation für Beratungsangebote und psychosoziale Betreuung auf der kommunalen Ebene. Bisher haben wir, mit Unterstützung vieler Mitglieder des ACT-Bündnisses, etwa 1 Million USD in die Massnahmen im Irak investiert.

Was waren die grössten Herausforderungen?

Die grösste Herausforderung war die überwältigende Not. Es sind unglaublich viele Menschen auf der Flucht. Die meisten konnten überhaupt nichts mitnehmen, weil ihnen sogar die Koffer weggenommen wurden, als sie ihre Häuser verlassen mussten. Aufgrund der grossen Zahl Notleidender sind auch viele humanitäre Akteure vor Ort. Wir müssen die Arbeit sehr sorg-

sam koordinieren, um Doppelungen oder Versorgungslöcher zu vermeiden. Dabei arbeiten wir gut mit den Bürgermeisterämtern in den gastgebenden Kommunen zusammen, die diese Dinge höchst zuverlässig vor Ort koordinieren. Der hohe Anteil Vertriebener, die unter den Einheimischen verstreut leben, stellt sogar die Strukturen der Vereinten Nationen vor Herausforderungen.

Wie bewältigen Sie diese Aufgaben?

Der LWB hat einen Finanzierungsauftrag herausgegeben, der auf gute Resonanz gestossen ist. Er wird nun ausgeweitet, um die nötige Unterstützung für das Jahr 2015 zu sichern. Zur Verbesserung der Koordination ist der LWB regelmässig mit den Arbeitsgruppen verschiedener Organisationen im Gespräch. Wir beraten uns auch mit den Behörden vor Ort und unsere Mitarbeitenden führen eigene Erhebungen durch, um zusätzliche Informationen zu sammeln. So versuchen wir, Lücken zu erkennen und die Probleme zu lindern.

Welche Entwicklungen sehen Sie im Irak?

Die Situation in der Stadt Mosul, der Ninive-Ebene und in Sindschar ist weiterhin instabil. Viele Flüchtlinge kommen aus diesen Gebieten. Wir gehen nicht

davon aus, dass sie in naher Zukunft nach Hause zurückkehren können.

Die Behörden im irakischen Kurdistan setzen auf eine militärische Lösung. Sie wollen die IS-Miliz durch ihre eigenen Peschmerga-Truppen unter Kontrolle bekommen. Weiteres Konfliktpotenzial birgt die geplante Volksabstimmung über eine Abspaltung Kurdistans vom restlichen Irak, sofern sie tatsächlich durchgeführt wird.

Viele Betroffene wurden nicht direkt angegriffen, sondern sind aus Angst vor einem möglichen Angriff geflohen. Ein Beispiel ist etwa die Stadt Alqosch in der Nähe von Dohuk. Die meisten Flüchtlinge in Dohuk stammen von dort. Manche sind zurückgekehrt, nachdem die kurdische Peschmerga-Armee das Gebiet zurückerobert hatte, aber das ist nur ein kleiner Teil von denen, die nach Dohuk geflohen sind.

Die Grenzgebiete zwischen dem Irak und der autonomen Region Kurdistan scheinen sicher zu sein. Mit Unterstützung der Völkergemeinschaft könnten die Menschen sich dort vielleicht niederlassen. Dementsprechend wird der LWB weiter Unterstützung leisten für die Vertriebenen, für die einheimische Bevölkerung des Gouvernements Dahuk, die sie aufgenommen hat, sowie in den Rückkehrgebieten um Alqosch.

Zerstörungen im Flüchtlingslager Za'atari durch Schneesturm

Flüchtlinge durch extreme Wetterverhältnisse besonders gefährdet

Amman, Jordanien/Genf (LWI) – Der Lutherische Weltbund (LWB) hat sein Gelände innerhalb des Flüchtlingslagers Za'atari den syrischen Flüchtlingen angeboten, deren Zelte während des Schneesturms „Huda“ zusammengebrochen sind. Der Blizzard traf den Nahen Osten am 7. Januar. „Jordanien liegt teilweise unter einer Schneedecke. Die Flüchtlinge in den Camps und den Aufnahmegemeinschaften sind am schlimmsten betroffen“, sagt Josef Pfattner, der zurzeit die Arbeit des LWB in Jordanien koordiniert.

„Der LWB konnte in den vergangenen Woche 10.000 Menschen mit Wintersachen versorgen“, erzählt Pfattner. Im Dezember haben 2.000 Familien, die außerhalb des Flüchtlingslagers in jordanischen Ortschaften leben, jeweils einen Heizstrahler, eine wiederauffüllbare Gasflasche, zwei Teppiche und zwei Decken erhalten. „Diese Hilfe war entscheidend und kann gerade zur richtigen Zeit“, sagt Pfattner. „Wir planen, weitere 415 Familien mit Hilfsgütern für den Winter zu versorgen. Wegen des Wetters mussten

wir die Ausgabe verschieben, und werden sie jetzt in zehn Tagen fortsetzen“.

Pfattner hat das Flüchtlingslager Za'atari am Tag nach dem Sturm besucht. Der LWB führt dort eine Reihe von Projekten in der „LWB Peace Oasis (Friedensoase)“ durch. „Es ist auch für die Flüchtlinge im Camp schwierig, mit der Situation zurechtzukommen“, sagt er. „Mehrere Zelte wurden weggeweht, viele andere sind in der Nacht unter der Schneelast zusammengebrochen. Am nächsten Tag ist der Schnee getaut,



Ein Strassenverantwortlicher steht mit seinen Kindern vor einem Zelt, welches als Moschee genutzt wird. Foto: LWB/ J. Pfattner

so dass Teile des Geländes jetzt unter Wasser stehen.“

Barfuss in der Kälte

Das Flüchtlingscamp Za'atari beherbergt 85.000 Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien. 15.000 leben nach wie vor in Zelten. „Die Jordanischen Behörden, UNHCR und einige internationale NGO koordinieren die Hilfsmassnahmen, errichten zusätzliche Notunterkünfte für Familien und versorgen sie mit den lebensnotwendigen Nahrungsmitteln und sonstigen Hilfsgütern. Wir vom LWB haben vier unserer fünf Container in

der „Peace Oasis“ als vorübergehende Unterkünfte zur Verfügung gestellt“, berichtet Pfattner. Die Container werden im Normalfall für Workshops in der „Peace Oasis“ verwendet.

„Am meisten erstaunen mich die Kinder. Für mich grenzt es an ein Wunder, wie sie in dieser Extremsituation immer noch ein Lachen im Gesicht haben“, sagt Pfattner. Fotos zeigen syrische Kinder, die neben ihren zerstörten Zelten im Schnee spielen. In der winterlichen Umgebung tragen viele nicht mehr als Sandalen. „Es gibt immer noch Tausende von Kindern im Camp, die keine Winterschuhe haben“,

berichtet Wejdan Jarrah, die Leiterin der psycho-sozialen Aktivitäten des LWB Jordanien. Im Gespräch machten die Flüchtlinge jedoch deutlich, dass es für sie am wichtigsten sei, zukünftig in Containern statt Zelten untergebracht zu werden, berichtet Pfattner weiter. Die Menschen hätten das Thema Winterschuhe nicht einmal erwähnt, nur ihre Angst, erneut in instabilen Behausungen dem Wetter ausgesetzt zu sein.

Der Wintersturm „Huda“ hat das Leben in Jordanien erheblich eingeschränkt. Die Büros der Behörden sind geschlossen, Hamsterkäufe haben die Tankstellen und die Regale in den Supermärkten geleert. Die Flüchtlinge in den Aufnahmegemeinschaften sind durch diese Verknappungen besonders gefährdet, da sie in alten Gebäuden leben und besonders auf die Gaskocher für die Zubereitung ihrer Mahlzeiten und als Wärmequelle angewiesen sind. „Eine Gasflasche hat früher 8 Jordanische Dinar gekostet, jetzt sind es 15 JD“, sagt Frau Jarrah. „Kein Flüchtling könnte diesen Preis bezahlen. Auch die Lebensmittelpreise sind gestiegen, und es gibt kaum etwas zu kaufen. Aufgrund des Schnees können keine Waren ausgeliefert werden. Die Situation ist äusserst schwierig.“

Abschlussprüfung an Grundschulen im Flüchtlingslager Ajoung Thok

LWB-Programm ermöglicht Bildung in Konfliktgebieten

Ajoung Thok (Südsudan)/Genf (LWI) – Inzwischen dürften sie wissen, ob sie genug gelernt haben: Vom 30. Januar bis 2. Februar 2015 absolvierten im Flüchtlingslager Ajoung Thok 202 SchülerInnen die Abschlussprüfungen der Primarstufe. Sie hatten die Grundschulen Napata und Merowe besucht, an denen Ende 2014 insgesamt 2.574 SchülerInnen angemeldet waren.

„Das ist die erste Gruppe, die in Ajoung Thok ihren Primarabschluss schreibt“, erläutert Annet Kiura, Koor-

dinatorin der Bildungsprogramme des Lutherischen Weltbundes (LWB). Die große Zahl an Prüflingen sei auf die politische Krise vom Dezember 2013 zurück zu führen. Wegen der Unruhen seien die landesweiten Schulabschlussprüfungen im Südsudan verschoben worden. Das Examen wird vom Bundesstaat Unity gestellt, der LWB sorgt für den Transport und die Durchführung. Nach erfolgreichem Abschluss können die SchülerInnen der Stufe 8 in die Sekundarschule wechseln.

Der LWB ist seit März 2013 in Auftrag des UNHCR im Lager Ajoung Thok für Bildung und Kinderschutz verantwortlich. Er unterhält drei Primar- und eine Sekundarschule betreibt Kinderschutzzentren und organisiert zusammen mit den Flüchtlingen Kinderschutzsysteme. Damit soll im Flüchtlingslager Bildung, Sicherheit, Widerstandskraft und das psychosoziale Wohlbefinden der Kinder gefördert werden.

Bei einer anderen Gruppe von SchülerInnen steht die Prüfung noch

aus: Es handelt sich um 1.145 Jugendlichen, die am beschleunigten Bildungsprogramm teilnehmen, das erst seit 2014 läuft. Dieses Programm wird finanziert durch Gelder der EU-Initiative „Kinder des Friedens“ und ist auf Jugendliche zugeschnitten, deren Schulbesuch aufgrund gewalttätiger Konflikte unterbrochen wurde. In den südsudanesischen Flüchtlingslagern finden sich viele Teenager, die im Grundschulalter aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Im Lager haben sie oft erstmals seit Langem wieder die Gelegenheit zu einem geregelten Schulbesuch, doch müsste man sie anhand ihrer Bildungsstufe zusammen mit Sieben- und Achtjährigen unterrichten, die natürlich ein ganz anderes Lernverhalten haben. So brechen viele den Schulbesuch endgültig ab.

Das beschleunigte Bildungsprogramm des LWB ist auf diese Schüle-rlInnen zugeschnitten. Innerhalb eines Jahres bearbeiten sie den Lehrplan von zwei Jahren der Primarstufe. Im Frühjahr 2014 waren insgesamt 5.400 Jugendliche aus verschiedenen Flüchtlingslagern und Aufnahmegemeinschaften in das Programm eingeschrieben.

Weiterhin bietet der LWB über 1.700 Flüchtlingskindern in Ajoung Thok sechs so genannte Kinderschutzzentren an. Die Kinder sind von Montag bis Freitag in dieses Programm eingebunden. Pädagogisches Personal beaufsichtigt die Kinder während ihrer Spielzeiten. Am Morgen gibt es ein Angebot für Drei- bis Sechsjährige, nach Schulschluss am Nachmittag werden sie durch die Sieben- bis Siebzehnjährigen abgelöst.

In den Kinderschutzzentren wird gesungen, gelesen und gemalt. Die

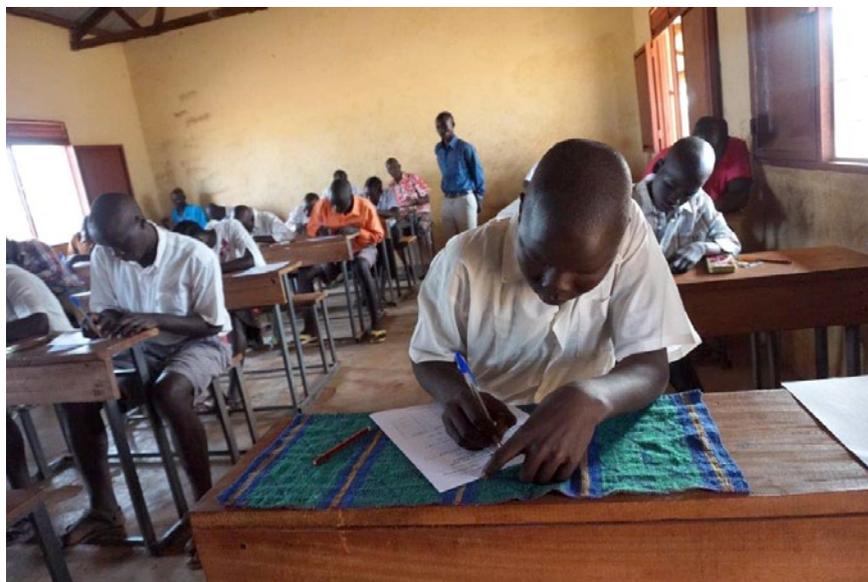
Kinder können sich mit Hula Hoop-Reifen und Bausteinen beschäftigen, Fussball, Korbball oder Domino spielen und bunte Matten flechten. Dazu kommen informelle Bildungsmaßnahmen, das Erlernen sozialer Kompetenzen und die Erfahrung, dass die Kinder ein Recht darauf haben, zu spielen. Die Kinderschutzzentren bieten besonders gefährdeten Kindern, wie denen, die unbegleitet und von ihren Familien getrennt sind, ein sicheres Umfeld.

Nach Angaben der Vereinten Nationen leben derzeit etwa 19.000 Menschen in Ajoung Thok, täglich kommen etwa 105 Personen dazu. Die Hälfte der Flüchtlinge sind Kinder, was den Druck auf die wenigen Bildungseinrichtungen und Kinderschutzzentren erhöht.

Grund dafür ist der Konflikt in Südkordofan (Sudan), der Grenzregion zum Südsudan, der an Intensität zugenommen hat. Wichtige Infrastruktur wie Schulen und Krankenhäuser wurde durch Bombardierungen aus der Luft zerstört. „In der Folge hat die Zahl der neuen Flüchtlinge

in der Ansiedlung Yida und im Flüchtlingslager Ajoung Thok im Südsudan zugenommen“, berichtet Anne Mwaura, LWB-Teamleiterin in Ajoung Thok.

Konflikt des nördlichen Nachbarn, von dem sich der Südsudan im Jahr 2011 gelöst hatte, sind nur eines der Probleme, die die LWB-Mitarbeitenden, die für die Bildungsangebote für Flüchtlingskinder zuständig sind, bewältigen müssen. Verschärft wird die Situation durch den anhaltenden Konflikt zwischen den verschiedenen Gruppierungen im Südsudan selbst und die Verzögerung bei den Verhandlungen über die Friedensvereinbarung, die derzeit in Addis Abeba laufen. „Ende 2014 haben wir mit deutlich geringeren Zahlen für 2015 geplant, als dies der derzeitigen Anzahl an Kindern in den Flüchtlingslagern entspricht“ führt Mwaura aus. „Jetzt müssen wir einen Plan konzipieren und Mittel erschliessen, um dem erheblich höheren Bedarf zu begegnen, der sich durch die gewachsene Lagerbevölkerung in Ajoung Thok abzeichnet.“



Schülerinnen und Schüler der Napata-Schule im südsudanesischen Flüchtlingslager Ajoung Thok absolvieren ihr Primarstufenexamen. Foto: LWB-Südsudan

„Wir sind jetzt besser vorbereitet“

Gedenken an das Erdbeben auf Haiti im LWB-Musterdorf

Petionville, Haiti/ Genf (LWI) – „Li mouri, li mouri...“ (Er ist tot, er ist tot). Fabiola ist in Tränen aufgelöst, als sie ihre Geschichte erzählt. Sie ist eine von 16 Bewohne-

rInnen des Musterdorfes, die im Büro des Lutherischen Weltbundes (LWB) in Petionville nahe der haitianischen Hauptstadt Port-au-Prince des Erdbebens vor

fünf Jahren zu gedenken. Am 12. Januar 2010 um 16.53 Uhr erschütterte ein Erdbeben der Stärke 7 die Hauptstadt des karibischen Inselstaates. Mehr als

100 000 Menschen starben. Alle, die jetzt im LWB-Büro sitzen, haben bei dem Erdbeben Familienangehörige verloren.

Jede Geschichte ist anders, doch alle haben eines gemeinsam: Das Leben der Erzählenden blieb auf wundersame Weise verschont. Sie alle haben es geschafft, nach der Katastrophe wieder in ihr Leben zurückzufinden und ihre traumatischen Erfahrungen zu etwas Positivem und Konstruktivem zu machen. Und so fließen an diesem Morgen nicht nur, als die Menschen Erinnerungen teilen. Man hört auch Lachen und Freude. Diese Menschen sehen sich nicht als überlebende Opfer. Sie haben es geschafft, ihr Leben zurückzugewinnen und in einen neuen Kontext zu stellen.

Das Musterdorf des Wiederaufbauprogramms steht in Gressier, westlich von Port-au-Prince. Das Gebiet wurde besonders schlimm durch das Erdbeben verwüstet. Nach der Katastrophe 2010 begann der LWB gemeinsam mit Partnern Projekte zu planen und durchzuführen, um das Katastrophenrisiko der betroffenen Gemeinschaften zu reduzieren. Dazu gehörten die Wiederherstellung der Umwelt, die Verringerung der Bodenerosion sowie Wiederaufforstungsprogramme, um Überflutungen zu verhindern. Der LWB wurde dabei von der haitianischen Regierung, den Kommunalbehörden und der Zivilgesellschaft unterstützt.

Das Musterdorf des Wiederansiedlungsprogramms besteht aus 150 neuen Häusern. Familien, deren Bleibe zerstört wurde, haben hier einen neuen Lebensmittelpunkt gefunden. „Das

Dorf wurde nach dem Grundsatz „besser wiederaufbauen“ errichtet“, sagt Perolof Lundkvist, LWB-Vertreter des Länderprogramms in Haiti. „Es besteht aus festen Häusern, die Erdbeben und Wirbelstürmen widerstehen können.“ Die Häuser sind von kleinen Gärten umgeben. Eine mit Solarstrom betriebene Strassenbeleuchtung sorgt dafür, dass das Dorf weithin sichtbar ist.

Der Grundsatz „besser wiederaufbauen“ betrifft aber nicht nur die „Hardware“ wie den Bau von Häusern und der dazugehörigen Infrastruktur. Auch die „Software“, der Aufbau einer zukunftsfähigen Gemeinschaft, liegt dem LWB und seinen unterstützenden Partnern am Herzen. „Von Anfang an ging es uns um eine selbstverwaltete Gemeinschaft, die auf den Grundsätzen Menschenrechte, demokratische Prinzipien und Umweltfreundlichkeit

beruht“, sagt Lundkvist. „Da wurde schon viel erreicht, und die Entwicklung macht Mut. Allerdings müssen wir diesen Prozess weiter unterstützen.“

Die Gedenkveranstaltung schliesst mit der Frage: Wie können wir uns auf die Zukunft vorbereiten? Alle Menschen auf Haiti wissen, dass dieses Land jederzeit wieder von einer Naturkatastrophe heimgesucht werden kann. Die Insel liegt mitten in einem Hurrikankorridor. Die Bemerkungen der TeilnehmerInnen zeigen, dass sie sich dieser Realität jeden Tag bewusst sind. Dennoch sind sie zuversichtlich: „Jetzt sind wir besser vorbereitet“, sagt eine von ihnen.

(Beitrag von LWB-Haiti/Perolof Lundkvist)



Kinder im LWB-Modelldorf in Gressier bei Port-au-Prince. Foto: LWB Haiti

Erste Ernte im Rahmen des Projekts „Saatgut für Lösungen“

Tschad: Lebensgrundlage für Flüchtlinge und Gastgemeinden

Kimiti, Tschad/Genf (LWI) – Gebinde aus Sesam, Hirse und Erdnusspflanzen sind die ersten greifbaren Ergebnisse des Projekts „Saatgut für Lösungen“ („seeds for solutions“), das der Lutherische Weltbund (LWB) und der UNHCR im Bezirk Kimiti im Tschad initiiert ha-

ben. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der humanitären Organisationen und Bewohner vor Ort haben im November die erste Ernte des Hilfsprogramms eingefahren, das die Lebensgrundlage von Flüchtlingen und Gastgemeinden verbessern soll.

Über einen Zeitraum von drei Jahren soll das Projekt 17 800 Haushalte mit insgesamt 5528 Hektar Land unterstützen. Zusätzlich zu den Massnahmen im Bereich Ackerbau umfasst es Viehzucht, friedliches Zusammenleben, Einkommen schaf-



Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und die vor Ort lebenden Menschen besichtigen gemeinsam mit Besucherinnen und Besuchern die Felder des Projekts im Bezirk Kimiti. Foto: LWB Tschad

fende Massnahmen und den lokalen Aufbau von Kapazitäten.

Dafür hat der LWB mit der Bestellung von 547 Hektar Land in Dörfern begonnen, in denen Flüchtlinge leben. Heterogene Gruppen aus Flüchtlingen und aus den Gastgemeinden stammenden Menschen haben gemeinsam Felder in den Dörfern Kachakacha, Kichena, Sanour, Jabal, Jabal Diari, Abour, Goz beida und Kerfi bestellt. Sie wurden mit Pflanzen im Regenfeldbau (Hirse, Erdnüsse und Sesam) und mit fluttoleranten Sorten (Hirse) zu bepflanzen.

Den Gruppen wurden dazu Saatgut, Traktoren und andere Werkzeuge zur Verfügung gestellt. An der Bestellung der Felder waren 992 Flüchtlinge und Menschen aus den Gastgemeinden be-

teiligt. Die Ernte wurde von einer Gruppe Frauen geleitet, die den Beteiligten zeigten, wie die Hirseähren zu ernten sind, um anschliessend die Sichel an die UNHCR-Vertreterin, Aminata Gueye, weiterzugeben, die das Ernteprojekt mit ins Leben gerufen hatte.

„Es ist von enormer Bedeutung, endogene Lösungsansätze zu finden“, so Aminata Gueye. „Externe Unterstützung kann diese nur vervollständigen.“ Der LWB kooperiert im Rahmen des Projekts mit den lokalen Behörden, die insgesamt 2500 Hektar Land zur Verfügung gestellt haben.

Laut der Vertreterin des UNHCR hat das Projekt jedoch nicht nur wirtschaftliche, sondern auch soziale Ziele. Es trägt dazu bei, traditionelle

Familienstrukturen zu erhalten. „Es ist nicht ungewöhnlich, dass man Kinder zu ihren Eltern in den Flüchtlingslagern sagen hört: ‚Was tut ihr eigentlich für uns?‘, denn es sind die NGO, die die Flüchtlinge ernähren und ihnen beistehen“, erklärt sie. „Unser Projekt befähigt diese Eltern, für ihre Familien und damit auch für Harmonie innerhalb der Familien zu sorgen. Sie erhalten so selbst die Möglichkeit, für den Lebensunterhalt ihrer Familien zu arbeiten.“ Die dreijährige Projektdauer kann gegebenenfalls verlängert werden.

Der Tschad ist seit seiner Unabhängigkeit im Jahr 1960 von ständiger Instabilität gekennzeichnet. Das Land war und ist von den Konflikten in seinen Nachbarländern Sudan, der Zentralafrikanischen Republik, Libyen und in jüngster Zeit auch in Nigeria stark in Mitleidenschaft gezogen. Zudem ist das Land häufig von Dürre und Überschwemmungen betroffen; beinahe 64 Prozent der Bevölkerung lebt in Armut. Schätzungsweise 2,4 Millionen Menschen sind von Hunger bedroht.

Mit seiner Arbeit unterstützt der LWB Flüchtlinge und Gastgemeinden bei der Lösung akuter sowie langfristiger Probleme. Neben der Verteilung von Nahrungsmitteln und Hausrat an Flüchtlinge unterstützt der LWB Gemeinden bei der Verbesserung ihrer Existenzgrundlage durch die Förderung beruflicher Qualifikation und durch landwirtschaftliche Unterstützung.

Ein Moment der Zuneigung

LWB unterstützt Brieffreundschaft zwischen Kindern in São Leopoldo und dem Flüchtlingslager Dadaab

São Leopoldo, Brasilien/Genf (LWI) – „Hallo Freunde! Wie geht es euch? Heute zeigen wir euch unseren Schulalltag. Viel Spass dabei!“, sagt Arthur Blasi de Souza in die Kamera. Im Hintergrund winken seine Klassenkameradinnen und Kameraden.

Arthur spricht zu somalischen Kindern in Dadaab, dem grössten Flüchtlingslager der Welt. Das La-

ger, das 1991 gegründet wurde, um Flüchtlinge aus dem somalischen Bürgerkrieg aufzunehmen, liegt an der Grenze zwischen Kenia und Somalia und beherbergt inzwischen um die 500.000 Menschen jeden Alters.

Seit 2010 stehen Schülerinnen und Schüler des Colégio Sinodal, einer Schule in São Leopoldo, mit somalischen Kindern in Dadaab in

Kontakt. In dem Flüchtlingslager gibt es mehrere Schulen für Kinder aller Altersstufen. Der Kontakt ging von den brasilianischen Kindern aus. Für sie stand in der Vorschule Afrika auf dem Lehrplan, weil damals gerade die Fussballweltmeisterschaft in Südafrika stattfand. Doch die Kinder entschieden bald, dass sie mehr über den Kontinent herausfinden wollten.



Schülerinnen und Schüler in einem Klassenzimmer in Dadaab. Foto: LWB/DWS Kenya-Djibouti

Die Lebenswirklichkeit somalischer Kinder

„Als die Kinder in der ersten Klasse waren, hatten wir die Idee, ihnen die Lebenswirklichkeit der somalischen Kinder zu zeigen, die tagelang unterwegs waren, um das Lager in Dadaab zu erreichen. Wir sprachen mit den Lehrern und beschlossen, einen Wandbehang herzustellen, der den Namen „Freundschaftsbaum“ tragen sollte“, erzählt Arthurs Mutter, Marcia Blasi.

„Jedes Kind zeichnete eine seiner Hände auf ein Stück Stoff. Die Stoffstücke wurden dann von einigen Müttern zusammengenäht, und die Kindern

haben Briefe geschrieben und Bilder dazu gemalt.“

Blasi, eine Beraterin des Rates des Lutherischen Weltbundes (LWB), gehörte zu denen, die Kontakt zu dem Flüchtlingslager im Nordosten Kenias aufnahmen. In Zusammenarbeit mit dem UNHCR, dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, unterstützt der LWB die Menschen im Lager von Dadaab in den Bereichen Bildung, Gemeinschaftsdienste und nachhaltige Existenzsicherung.

„Mithilfe vieler Menschen vom LWB haben wir den Wandbehang nach Kenia geschickt. Die Antwort kam im Jahr darauf. Die Schüler aus dem Lager

schickten ebenfalls Briefe und Fotos des Wandbehangs, der nun an der Wand ihres Klassenzimmers hängt“, erzählt sie.

Das Geschenk der Freundschaft

Jetzt, in der vierten Klasse und auf dem Weg in die fünfte, möchten Arthur und seine Klassenkameradinnen und -kameraden den Kindern aus dem Flüchtlingslager für die Briefe danken, die sie im Dezember 2014 von Ihnen erhalten haben. Als Antwort wollen sie ihnen nun Briefe, Zeichnungen, Fotos und ein Video über den Alltag in ihrer brasilianischen Schule schicken.

Für ihre Lehrerin Andressa Neis handelt es sich dabei um ein Geschenk der Freundschaft zum neuen Jahr.

„Mit all den Dingen, die wir für sie vorbereiten, möchten wir den Kindern in Dadaab einen Moment der Zuneigung senden. Das ist eine bescheidene Geste, doch sie ist voller guter Wünsche für die, die bedürftig sind“, erklärt sie.

Blasi stimmt ihr zu. „Die Kinder in Dadaab sind fröhlich – sie spielen, rennen, gehen zur Schule und wollen glücklich sein. Sie brauchen nicht viel, doch sie brauchen auf jeden Fall Liebe und Freundschaft.“



LUTHERISCHER
WELTBUND

Lutherischer Weltbund
– Eine Kirchengemeinschaft
Route de Ferney 150, Postfach 2100
1211 Genf 2, Schweiz
Tel. +41.22/791.61.11
Fax +41.22/791.66.30
E-Mail info@lutheranworld.org
www.lutheranworld.org